

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Walter Posch*

# **Ahmadineschad und die Prinzipalisten**

Irans politische Rechte und die Perspektiven  
für einen neuen Elitenkompromiss

S 35  
Dezember 2011  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

- 5 **Problemstellung und Empfehlungen**
- 7 **Eine revolutionäre Republik**
- 7 Die soziale Basis des Regimes:  
Das islamistische Milieu
- 8 *Die »1360er«, die Nomenklatura und die  
neue islamische Mittelschicht*
- 9 *Politische Bedeutung des islamistischen Milieus*
- 9 Strukturelemente der politischen Landschaft
- 12 **Die Prinzipalisten:  
Die neue politische Rechte des Irans**
- 12 Konservative und Hezbollahis
- 12 *Die Hezbollahis*
- 14 *Ideologische Konvergenz und Divergenz*
- 16 Erfolge und Zusammenbruch
- 18 **Die Präsidentschaftswahl und ihre  
Nachwehen 2009/2010**
- 18 Wahlkampf
- 19 Der Sommer der Unruhe und die  
Grüne Bewegung (2009)
- 20 *Basis der Grünen Bewegung*
- 20 *Ideologische Verortung der Grünen Bewegung*
- 21 Die Wut der Hezbollahis und das  
Scheitern der Gewalt (2009/2010)
- 23 **Das Scheitern des Populisten Ahmadineschad  
(2011)**
- 23 Unterstützer
- 24 Der Griff nach der Macht
- 26 Grenzen des Populismus
- 28 **Kompromiss unter konservativer Aufsicht**
- 28 Versöhnung und Verständigung?
- 29 Umstrittener Kompromiss –  
unbestrittene Chance
- 29 *Rolle der Parteien*
- 30 *Transparenz*
- 31 *Veränderung der politischen Kultur*
- 32 **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**
- 33 **Abkürzungen**

*Dr. Walter Posch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika*

**Ahmadineschad und die Prinzipalisten  
Irans politische Rechte und die Perspektiven für  
einen neuen Elitenkompromiss**

Im Vergleich zu vielen Staaten des Nahen Ostens und Zentralasiens darf die Islamische Republik Iran zu Recht auf ihre lebendige politische Landschaft verweisen. Dennoch ist sie keine echte Demokratie, auch wenn in ihrer Verfassung wichtige demokratische Institutionen wie formal freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen verankert sind. Im Zentrum des politischen Systems der Islamischen Republik steht nämlich die Institution des Revolutionsführers mit ihrer ideologisch legitimierten formellen und informellen Macht. Politische Partizipation und (formal) demokratischer Wettbewerb dürfen neben ihr zwar existieren und werden sogar gefördert, finden aber nur innerhalb ideologisch abgesteckter Grenzen statt und werden durch restringierende Maßnahmen, wie erschwerte Zulassungsbedingungen für potentielle Kandidaten, oft genug bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. In dieser Hinsicht bestehen große Ähnlichkeiten zwischen dem Iran und allen sonstigen Staaten, in denen autoritäre Strukturen mit formaldemokratischen koexistieren. Der wichtigste Unterschied zwischen dem Iran und anderen Staaten der Region besteht in der breiten Fächerung seiner politischen Elite, die deutlich über das Potential jener Regime hinausgeht, die sich nur auf Stämme, Religionsgruppen oder Ein-Parteien-Systeme stützen.

Die Debatte über die Zukunft des Irans ist noch lange nicht abgeschlossen. Sie wird zwar in den Medien des Landes und damit vor den Augen der Öffentlichkeit geführt, letztendlich jedoch nur von den Eliten. Damit bleibt die Frage nach der Zukunft des ideologischen Projekts »Islamische Republik Iran« offen. Ob sich das Land in eine partizipatorische oder gar demokratische oder aber in eine autoritäre Richtung bzw. zu einer totalen Diktatur entwickeln würde, schien nach der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste im Jahre 2009 auf der Ebene der Machtpolitik entschieden worden zu sein. Dabei wurde versucht, die autoritären Elemente des Regimes durch Ausschluss einer wichtigen politischen Strömung zu stärken: der Reformisten. Dieser Versuch scheiterte jedoch. Daher wird es einen Kompromiss zwischen den sogenannten Prinzipalisten (dem Zusammenschluss verschiedener rechts-islamistischer Gruppen)

und den Reformkräften geben, der zu Lasten des Kreises um Ahmadineschad gehen wird.

Die Islamische Republik Iran ist also nicht unter einer klerikalen Gerontokratie erstarrt, wie oft behauptet wird, sondern durch eine zum Teil dramatische innenpolitische Dynamik geprägt. Das Verständnis zumindest der wichtigsten Strukturelemente und politischen Strömungen dieser Dynamik ist angesichts der 2012 bzw. 2013 anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von großer Bedeutung. Dabei stellt sich zunächst die Frage nach dem politischen Projekt der Prinzipalisten: Welche politischen Ziele verfolgen sie und warum? Welche Aussagen lassen sich über ihre politische Zukunft treffen? In engem Zusammenhang damit steht die Frage nach der Bedeutung Präsident Ahmadineschads für die Prinzipalisten und für das politische System der Islamischen Republik: Auf welche Probleme ideologischer und machtpolitischer Natur wollte er wie reagieren? Und was wird von seiner Politik bleiben? Schließlich stellt sich auch die Frage nach einer möglichen demokratischen Entwicklung des Landes neu: Welche Faktoren sind einer solchen Entwicklung hinderlich, welche förderlich? Um diese Fragen angemessen zu beantworten, bedarf es eines besseren Verständnisses der strukturellen Mechanismen für den internen Machtausgleich in der Islamischen Republik, des sogenannten »Multipolarismus«, der genauso wichtig ist wie die Handlungen der politischen Akteure selbst.

Dies ist insofern von Bedeutung, als die 2012 bzw. 2013 anstehenden Wahlen zum Testfall für das politische System der Islamischen Republik Iran werden dürften: Mehr denn je stehen Glaubwürdigkeit und Reputation des Regimes auf dem Spiel, und zwar in dreierlei Hinsicht: (1) vor der internationalen Gemeinschaft, bei der die Zweifel am demokratischen Charakter der Islamischen Republik immer vorhanden waren; (2) vor der eigenen Bevölkerung, weil ihr 2009 geleisteter Blutzoll zu hoch war und ihr Vertrauensverlust zu groß ist, als dass sich das Regime eine weitere Manipulation leisten könnte; und schließlich (3) in Bezug auf das eigene Selbstverständnis, weil das islamistische Regime im iranischen Parlamentarismus ein wichtiges Merkmal sieht, das sie von den autoritären Regimen der Region unterscheidet, ja es sieht darin gar ein Vorbild für den politischen Islam schlechthin.

Als Testfall bieten die kommenden Wahlen eine Chance für die internationale Gemeinschaft: Nicht, dass ein Durchbruch zur Demokratie zu erwarten wäre; dazu fehlen im Iran noch viele Grundlagen.

Aber ein Durchbruch zu mehr Rechtsstaatlichkeit ist möglich und wird anscheinend vom Regime auch angestrebt. Die internationale Gemeinschaft wäre also gut beraten, auf eine korrekte Durchführung der Wahlen zu bestehen – zwar im Rahmen der ideologischen Limitationen der Islamischen Republik, aber auf der Basis transparenter internationaler Standards. Hierzu sollte die internationale Gemeinschaft den Iranern Hilfe anbieten. Im Mittelpunkt der internationalen Beobachtung der Wahlen sollte deshalb nicht deren Ergebnis stehen, sondern die Art ihrer Durchführung.

## Eine revolutionäre Republik

Die Islamische Republik Iran schuf ein politisches Hybridsystem, in dem autoritäre und demokratische Strukturen in einem permanenten Spannungsverhältnis zueinander stehen. Zwar liegt die endgültige Entscheidungsmacht bei den autoritären Institutionen, nämlich beim Revolutionsführer und dessen Büro; der politische Willensbildungsprozess spielt sich jedoch in den demokratischen Strukturen ab, konkret im Parlament und im Amt des Staatspräsidenten, deren Bedeutung für den internen Machtausgleich nicht unterschätzt werden darf. Impulse zur Demokratisierung des Systems wie auch die entsprechenden Gegenreaktionen kamen aus dem Umfeld dieser Strukturen. Die letzte große Auseinandersetzung, im Jahr 2009, ist als Fortsetzung vorausgegangener Demokratisierungs- und Entdemokratisierungswellen in der Islamischen Republik zu verstehen. Diese Auseinandersetzung wurde, und zwar mit besonderer Heftigkeit, auch innerhalb der politischen Eliten ausgetragen, wobei sich alle beteiligten politischen Akteure auf ein Mandat des iranischen Volkes beriefen und in den vom Regime abgesteckten ideologischen Grenzen blieben. Im Folgenden sollen zunächst kurz die soziale Basis des Regimes, die Bedeutung seiner Ideologie und die politische Landschaft des Irans dargestellt werden.

### Die soziale Basis des Regimes: Das islamistische Milieu

Das soziale Fundament der Islamischen Republik Iran findet sich überwiegend im islamisch orientierten Teil der Mittelschicht, dem »islamistischen Milieu«. Dieses Milieu besteht aus der traditionell-religiösen Mittelschicht, deren wirtschaftliches und soziales Herzstück die Bazarhändler (Bazaris) bilden,<sup>1</sup> den Nachkommen der entwurzelten Landbevölkerung in den ärmlichen Vierteln der großen Städte, vor allem im Süden Teherans,<sup>2</sup> und Teilen der Unterschicht. Die Bedeutung

1 Zur Entwicklung der iranischen Mittelschicht siehe die Studie von Azadeh Kian-Thiébaud, *Secularization of Iran: A Doomed Failure?*, Paris 1998 (Travaux et mémoires de l'Institut d'études iraniennes, Bd. 3), S. 13–25.

2 Ebd., S. 18f; vgl. auch Masserat Amir-Ebrahimi, »L'image socio-géographique de Teheran en 1986«, in: Chahriar Adle/

dieses Milieus für die Islamische Republik erschließt sich aus der Tatsache, dass alle Strömungen des iranischen politischen Islam aus ihm hervorgingen.

Das Milieu ist insofern islamistisch und nicht bloß muslimisch-konservativ, als aus ihm heraus die Forderung erhoben wird, den Islam »als gestaltende Kraft in der politischen Sphäre, in der Ökonomie, [der Kultur] und im Recht zur Geltung zu bringen«.<sup>3</sup> Das islamistische Milieu ist das Herzstück des Regimes: Es handelt sich um jenen Teil der Bevölkerung, dessen Unterstützung das Regime unbedingt zu erhalten trachtet und dessen kulturelle und soziale Werte es teilt. Daher ist er auch über seine formellen und informellen Kontakte hinaus überproportional in den Machteliten vertreten. Das bringt bestimmte Elemente des Milieus, etwa die religiösen Vereine (*heyat*), in eine mächtige Position, weil sie durch ihre Kontakte als Vermittler zu den Machthabern auftreten können.

Obwohl ein wichtiger Teil des Milieus der sozialen Unterschicht zuzuordnen ist, darf das Milieu nicht insgesamt als Unterschichtphänomen betrachtet werden. Schließlich gehören die wohlhabenden Bazaris genauso dazu wie Teile der neuen politischen Führungselite, die ihre bescheidene soziale Herkunft längst hinter sich gelassen haben und zu Wohlstand gelangt sind.<sup>4</sup> Der inhärente Widerspruch innerhalb des Milieus – zwischen wohlhabenden und benachteiligten sozialen Klassen – wird seit Chomeinis Zeiten durch sozialen Populismus überspielt, aber nicht aufgehoben.<sup>5</sup> Der

Bernard Hourcade (Hg.), *Téhéran Capital bicentenaire*, Paris: Institut Français des Relations Internationales (IFRI)/Teheran 1992, S. 267–279.

3 Für diese Definition von »islamistisch« und »Islamismus« siehe Günter Seufert, *Politischer Islam in der Türkei. Islamismus als symbolische Repräsentation einer sich modernisierenden muslimischen Gesellschaft*, Istanbul/Stuttgart 1997 (Türkische Welten, Bd. 3; Beirut Texte und Studien, Bd. 67), S. 25 Anm. 1.

4 Sepideh Farkhondeh, *Société civile en Iran. Mythes et réalités*, Paris 2008, S. 204.

5 Hierbei spielt der Begriff der *mostazafin*, der »entrechteten Massen«, eine bedeutende Rolle, von dem man zwar mittlerweile wegen seiner sozialen Konnotation abgekommen ist, der im links-islamistischen Spektrum und bei den Hezbollahis aber nach wie vor bemüht wird. Hierzu siehe Erwand Abrahamian, *Khomeinism. Essays on the Islamic Republic*, London/New York 1993, S. 27 und S. 37f.

Zusammenhalt der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Klassen, die gemeinsam das Milieu bilden, ist kultureller Natur. So charakterisieren religiöse Observanz, das öffentliche Bekenntnis zum Islam, die Einhaltung islamischer sozialer Normen und die Mitgliedschaft in einem der zahlreichen religiösen Vereine das Milieu. Es unterscheidet sich somit deutlich von jenen Schichten der Bevölkerung, die kulturell westlich geprägt sind. Die Revolution des Jahres 1979 hat das islamistische Milieu mit politischer Macht ausgestattet, von der sich seine kulturelle Hegemonie über eben diese säkularisierten und ihrer Ansicht nach verwestlichten Schichten ableitet. Augenfälligstes Symbol dieser kulturellen Hegemonie ist der landesweite Zwang zur Einhaltung der islamischen Kleidervorschriften.

Das genannte Milieu ist seit Generationen über familiäre und kulturelle Bande mit dem Klerus in den Städten Ghom und Mashhad verbunden. Schon in den Jahren vor der Revolution kooperierten die Vertreter des Milieus (damals vor allem die Bazaris) mit den politischen Organisationen der Kleriker. Diese Kooperation dauert bis heute an, auch wenn sie viel an Gestaltungskraft und politischem Gewicht verloren hat.

### **Die »1360er«, die Nomenklatura und die neue islamische Mittelschicht**

Gegen Ende der 1980er Jahre sind zwei weitere wichtige Gesellschaftsgruppen aus dem islamistischen Milieu hervorgegangen: (1) die neue Nomenklatura, die sich um die Revolutionsgarden<sup>6</sup> herum bildete, aber auch andere Teile des Sicherheitsapparats und des Klerus mit einschließt, und (2) die neue islamische Mittelschicht, die nach der Revolution entstanden ist.

Das islamistische Milieu war maßgeblich am Erfolg der Revolution beteiligt. Mit Beginn des Irak-Iran-Krieges 1980 strömte seine Jugend an die Front, entweder zur Revolutionsgarde oder zur Freiwilligen-Organisation der Basidsch, bei denen viele von ihnen als Kindersoldaten dienten. Diese Generation der heute ungefähr 45- bis 60-Jährigen wird die »1360er« (nach dem iranischen Datum für die 1980er) genannt; sie ist die am stärksten ideologisierte Generation der Islamischen Republik. Diese Generation verband schiitische

Volksfrömmigkeit mit ihrem Kriegserlebnis und bildete eine eigene militaristische und ideologisch geprägte Subkultur, die in vielen Bereichen bis heute nachwirkt.<sup>7</sup> So spielen Kriegsveteranen und -invaliden sowie das Gedenken an die Gefallenen des langen Iran-Irak-Krieges (1980–1988) sowohl für die »1360er« als auch für das gesamte islamistische Milieu bis heute eine wichtige Rolle.

Außerdem entwickelte sich aus einem Teil dieser Frontkämpfer und ihrer Angehörigen ein neues, mit den Basidschis und Revolutionsgarden verbundenes Milieu, das einer neu entstehenden Nomenklatura entspricht, die ihren Einfluss innerhalb der Machteliten immer stärker ausdehnt. Die Tendenz zur Herausbildung einer Nomenklatura wird verstärkt durch die fortschreitende Professionalisierung und den für militärische bzw. militarisierte Institutionen typischen Korpsgeist bei den höheren Chargen, vor allem bei den Revolutionsgardisten. Dadurch vergrößert sich die soziale Distanz zum islamistischen Milieu, aus dem die Revolutionsgarden hervorgingen, aus dem sie ihren Nachwuchs rekrutieren und dessen Werte sie nach ihrem eigenen Selbstverständnis vertreten. Die demonstrative Anwesenheit von Offizieren der Revolutionsgarden und der Basidschis bei öffentlichen religiösen Feierlichkeiten soll deren kulturelle Bande und Verbundenheit mit dem islamistischen Milieu unterstreichen und den tatsächlich bereits entstandenen sozialen Bruch kaschieren.

Die ebenfalls aus dem islamistischen Milieu hervorgegangene neue islamische Mittelschicht ist nach der Islamischen Revolution entstanden. Mit ihrem sozialen Aufstieg näherte sich die neue islamische Mittelschicht der säkularen kulturell an und übernahm von dieser einen bürgerlichen Lebensstil sowie bürgerliche politische Forderungen (Rechtsstaatlichkeit, vor allem Rechtssicherheit, Menschenrechte usw.).<sup>8</sup> Als Vermittler und Bindeglied zwischen der neuen islamischen und der säkularen Mittelschicht fungieren die liberalen Islamisten der vorrevolutionären Zeit, denen es dadurch gelang, aus ihrem politischen Schattendasein hervorzutreten. Die neue islamische Mittelschicht hatte unter der Präsidentschaft Chatamis (1997–2005) großen Einfluss, da viele Politiker aus ihren Reihen an der Macht beteiligt wurden. Sie verfügte aber über wenig Kontakte zur neu entstehenden Nomenklatura, der sie oft ableh-

<sup>6</sup> Offizieller Titel: »Korps der Garden der Islamischen Revolution« (*sepah-e pasdaran-e enghelab-e eslami*), im Persischen meist kurz *sepah* (»das Korps«) genannt.

<sup>7</sup> »Die Revolutionsgarde an der Kulturfront«, in: *Achbar-e Ansar*, 30.4.2008.

<sup>8</sup> Kian-Thiébaud, *Secularization* [wie Fn. 1], S. 19.



nend gegenüberstand, und ging auf Distanz zum islamistischen Milieu.

### Politische Bedeutung des islamistischen Milieus

Das islamistische Milieu ist wichtigen gesellschaftlichen und politischen Kräften durch ein enges Netz persönlicher, familiärer und professioneller Kontakte verbunden: dem traditionellen Klerus, der allerdings zusehends an politischer Bedeutung verliert;<sup>9</sup> der neuen Nomenklatura, die innerhalb der Machtelite immer wichtiger wird; und sogar der neuen islamischen Mittelschicht. Besonders stark und bedeutend sind die Beziehungen des islamistischen Milieus zum Klerus und zur Nomenklatura.

Innerhalb dieses Milieus wird nun befürchtet, dass eine Demokratisierung die eigene privilegierte Rolle gefährden könnte, da Wahlen die Reformkräfte (also die politischen Vertreter der neuen islamischen Mittelschicht) stärken und diese wiederum ihre säkularen Partner bevorzugen könnten. Der Gegensatz zwischen der neuen islamischen Mittelschicht und dem islamistischen Milieu ist die soziale Unterfütterung der politischen Auseinandersetzung zwischen den Prinzipalisten und den Reformisten.

### Strukturelemente der politischen Landschaft

Innerhalb der Anhängerschaft Chomeinis bestanden erhebliche Unterschiede zwischen den vertretenen politischen Positionen. Aus ihnen kristallisierten sich in Anlehnung an das in Europa geläufige Rechts-Links-Schema während der 1980er Jahre vier politische Flügel bzw. Fraktionen heraus: (1) Islamische Linke, die – beeinflusst vom säkularen linken Diskurs der 1970er Jahre – »Revolutionsexport« und staatlich gelenkte Wirtschaft forderten; (2) traditionelle Konservative, die das Privateigentum hochhielten; (3) moderne technokratische Rechte, denen es in erster Linie um die Modernisierung des Landes ging; und schließlich (4) die Hezbollahis, die sich als Kämpfer in einer permanenten islamischen Kulturrevolution sahen.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Diese These vertritt Mehdi Khalaji, *The Last Marja. Sistani and the End of Traditional Authority in Shiism*, Washington, D.C.: Washington Institute for Near East Policy (WINEP), September 2006 (Policy Focus 59).

<sup>10</sup> Nach Mehdi Moslem, *Factional Politics in Post-Khomeini Iran*, Syracuse 2002, S. 5; vgl. die detaillierte Übersicht bei Said Barzin, *Politische Fraktionsbildung im Iran. Von den 1980er Jahren*

Dieses Schema hat grundsätzlich nach wie vor Gültigkeit, auch wenn die Fraktionen sich inzwischen politisch neu formiert haben. Die erste Veränderung ergab sich Mitte der 1990er Jahre. Damals gingen die Extremisten der Islamischen Linken, die nach dem Tode Chomeinis 1989 von der Macht verdrängt worden waren, als geläuterte Reformisten eine Koalition mit den Technokraten ein und gründeten das politische Lager der Reformisten (*eslah-talaban*). Auf der rechten Seite des politischen Spektrums vereinten sich später die Konservativen mit den stark zersplitterten Kräften der Hezbollahis und formierten ein neues politisches Lager, das sich Prinzipalisten (*osulgara*) nannte.<sup>11</sup>

Drei Strukturelemente gestalten die politische Landschaft Irans: politische »Flügel« (*dschenah*; auch Lager, engl. *faction*), politische Parteien und Wahlen. Das bei weitem wichtigste Forum der iranischen Politik sind die sogenannten politischen Flügel; dort findet der eigentliche politische Diskurs statt, der dann mittels der jeweils nahestehenden Medien und politischen Parteien an die Öffentlichkeit getragen wird. Die Flügel sind zunächst Netzwerke des Vertrauens,<sup>12</sup> deren Mitglieder einem ausgeprägten Freund-Feind-Schema verhaftet sind, das strikt zwischen »eigenen Leuten« (*chodi*) und »Fremden« (*gheyr-e chodi*) unterscheidet.<sup>13</sup> Politische Parteien (teils auch untereinander konkurrierend) und gewalttätige *pressure groups* können ebenso zu den politischen Flügeln gehören bzw. von diesen gebildet werden wie jene Netzwerke Wirtschaftstreibender, die der iranische Volksmund *mafia* nennt. Politische Flügel verfügen naturgemäß über keinerlei juristische Persönlichkeit und sind nirgendwo registriert. Ihr Daseinszweck sind die aktive Gestaltung der Politik und die Einflussnahme auf Bürokratie und Verwaltung des

bis zur Ära des 2. Chordad 1376 [1997] (persisch), Teheran 1998, S. 95, und Wilfried Buchta, *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, Washington, D.C.: WINEP, 2000, S. 14 und S. 81; für die Reformisten siehe auch Farkhondeh, *Société civile* [wie Fn. 4], S. 168f.

<sup>11</sup> Hierzu siehe Mohammad Qutschani, »Die Fundamentalisten kommen mit den Modernisten«, in: ders., *Der Pate (= Rafsandschani) und die Neue Rechte: der Untergang der Reformisten und der Aufstieg der Prinzipalisten* (persisch), Teheran 2006, S. 168–178 (168f).

<sup>12</sup> Vgl. Charles Tilly, *Trust and Rule*, Cambridge 2005.

<sup>13</sup> Das Freund-Feind-Schema in dieser Form entstand erst in nachrevolutionärer Zeit. Für die Bedeutung dieses Schemas siehe Navid Kermani, »The Fear of the Guardians. 24 Army Officers Write a Letter to President Khatami«, in: Werner Ende/Rainer Brunner (Hg.), *The Twelver Shia in Modern Times: Religious Culture and Political History*, Leiden 2001, S. 354–364.

Landes, meistens mittels »Seilschaften«. Tatsächlich lassen sich die im Iran existierenden Institutionen und Medien fast durchgehend klar einem der verschiedenen politischen Flügel zuordnen. Dies wiederum erklärt, warum die politischen Flügel als Einzige in der Lage sind, politische Protektion und Patronage zu gewähren. Der Konkurrenzkampf zwischen den Flügeln wird ideologisch verbrämt: als Ringen um die richtige Interpretation der Ideologie Chomeinis. Dahinter verbirgt sich jedoch ein für sogenannte Rentenstaaten (*rentier states*) typisches Verhalten: Dabei versuchen einzelne Fraktionen, sich mittels Kontrolle über die Bürokratie direkt oder indirekt eine Teilhabe an den Erdöleinnahmen zu sichern.<sup>14</sup>

Der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Flügeln kann in Bürokratie und Staatsapparat zu Blockaden führen, die in der Regel durch Vermittlung des Büros des Revolutionsführers (*beyt-e rahbar-e enghelab-e eslami*) überwunden werden. Dieses Büro unterhält formelle und informelle Kontakte zu allen Flügeln, die im politischen Entscheidungsfindungsprozess eine Rolle spielen.<sup>15</sup> Nur in Notfällen greift der Revolutionsführer zum Mittel des »Herrschaftserlasses« (*hokm-e hokumati*), mit dem er alle von Regierung, Parlament oder Judikative getroffenen Entscheidungen annullieren kann.

Im Gegensatz zu den politischen Flügeln müssen politische Parteien und Vereine sich registrieren lassen und stehen zudem im Lichte der Öffentlichkeit und unter besonderer Beobachtung durch den Sicherheitsapparat. Das Regime hegte seit jeher Misstrauen gegenüber der Idee politischer Parteien. Eine ernsthafte Debatte über deren Rolle und Stellenwert in der Islamischen Republik Iran setzte erst in Rafsandschannis zweiter Amtszeit als Präsident (1993–1997) ein. Die Bandbreite der Positionen reichte von entschiedener Befürwortung starker Parteien bis hin zu deren strikter Ablehnung, vor allem seitens der Hezbollahis. Dabei wurden insbesondere das Spannungsverhältnis zwischen solchen Parteien und dem Prinzip der Herrschaft des Rechtsgelehrten sowie der Rolle des Parla-

ments diskutiert.<sup>16</sup> Letztendlich wurde allgemein anerkannt, dass Parteien nötig sind, selbst wenn das Regime ihnen gegenüber misstrauisch blieb und immer wieder zu Unrecht behauptet wird, im Iran gebe es keine Tradition starker Parteien. Unbestreitbar ist, dass die Reformkräfte sich leichter taten und mit ihren Parteien bei Wahlen mehr Erfolg hatten als ihre Gegner. Eine Entwicklung des Reformflügels (*eslah-talaban*) zu einer »Grünen Bewegung« und weiter zu einer Volkspartei lag durchaus im Bereich des Möglichen, wurde aber im Sommer 2009 gewaltsam vereitelt. Dennoch besteht ein Trend zu einer Verfestigung der Parteienlandschaft.

Wahlen sind in der iranischen Verfassung vorgesehen.<sup>17</sup> Darüber hinaus liegt dem Regime sehr an einer hohen Wahlbeteiligung, weil es jede Wahl als Referendum über die eigene Legitimität ansieht. Iranische Wahlen sind in erster Linie Auseinandersetzungen innerhalb der politischen Elite, ausgetragen von ebenjenen Flügeln, denen ein gewisses Element an politischem Pluralismus und Dynamik beigemessen wird.<sup>18</sup> Wahlen erlauben es der iranischen Gesellschaft, die ideologische Debatte innerhalb der Eliten zu beeinflussen und die Gewichte der Macht in gewissem Umfang zu verschieben.<sup>19</sup> Solange es Wahlen im Iran gibt, könnten theoretisch auch Überraschungskandidaten gewinnen; in der politischen Praxis wird ein solches »Risiko« jedoch durch rigorose Kandidatenauswahl sowie durch Wahlfälschungen minimiert. In der Folge ist das iranische Parlament weit weniger repräsentativ, als es den Anschein hat.<sup>20</sup>

Demokratische Komponenten sind in der Islamischen Republik Iran zwar eingeschränkt, aber zweifellos vorhanden; sie werden von der – unverändert zentralen – Ideologie Chomeinis insofern gestärkt, als diese Meinungspluralismus zulässt. Allerdings existiert solcher Pluralismus eben nur innerhalb enger

<sup>14</sup> Für eine Charakterisierung Irans als »Rentenstaat« siehe Clement M. Henry/Robert Springborg, *Globalization and the Politics of Development in the Middle East*, Cambridge 2001, S. 212–217.

<sup>15</sup> Walter Posch, *E pluribus unum: Decision Makers and Decision Making in Iran*, Paris: European Union Institute for Security Studies (ISS), August 2008 (ISS Policy Brief, 02).

<sup>16</sup> Siehe Said Hadschariyan, »Stellenwert der politischen Parteien«, in: ders., *Republikanismus. Die Entzauberung der Macht* (persisch), Teheran 2000, S. 223–232 (224).

<sup>17</sup> Yavuz Özoguz, *Verfassung der Islamischen Republik Iran*, Bremen 2007, S. 36; Moslem, *Factional Politics* [wie Fn. 10], S. 128.

<sup>18</sup> Das ist die These von Güneş Murat Tezcür, »Intra-Elite Struggles in Iranian Elections«, in: Ellen Lust-Okar/Saloua Zerhouni (Hg.), *Political Participation in the Middle East*, Boulder 2008, S. 51–74.

<sup>19</sup> Die Wahl des Reformpräsidenten Chatami kann hier als Beispiel gelten. Siehe Moslem, *Factional Politics* [wie Fn. 10], S. 7f.

<sup>20</sup> Asghar Shirazi, *The Constitution of Iran. Politics and the State in the Islamic Republic*, London/New York 1997, S. 30f und S. 103.

ideologischer Grenzen. Neben diesen stehen auch soziale und strukturelle Faktoren einer demokratischen Entwicklung im Wege: Solange sich das islamistische Milieu davor fürchtet, aus einer Demokratisierung als Verlierer hervorzugehen, sind von ihm in dieser Richtung keine positiven Impulse zu erwarten. Ein weiteres Hindernis ist die Schwäche der förmlichen Parteien, die aus der Macht der politischen Flügel resultiert. Damit spielt sich der eigentliche politische Prozess weiterhin auf Ebene der politischen Flügel ab, und das politische System bleibt letztlich intransparent – aller Öffentlichkeit zum Trotz. Und dennoch: Im letzten Jahrzehnt entwickelte sich eine Bipolarität zwischen dem Flügel der Reformkräfte und dem ihrer Gegner, der Prinzipalisten, die das System ein wenig transparenter machte.

## Die Prinzipalisten: Die neue politische Rechte des Irans

Die neue politische Rechte des Irans ist keine Schöpfung Ahmadineschads, und er ist auch nicht ihre dominierende politische Persönlichkeit. Gleichwohl ist er einer ihrer wichtigsten Politiker. Die Spannungen zwischen ihm und seiner Gruppe einerseits und dem Rest der Prinzipalisten andererseits, die spätestens ab 2009 zutage traten, lassen sich nur vor dem Hintergrund der Entwicklungsgeschichte dieses politischen Flügels verstehen.

Die Bildung des politischen Lagers der Prinzipalisten wurde mit der Notwendigkeit einer Rückkehr zu den revolutionär-islamistischen Prinzipien begründet.<sup>21</sup> Diese Entscheidung hängt eng mit dem Schock der Eliten über die Wahl Mohammad Chameneh zum Staatspräsidenten im Jahre 1997 und dem missglückten Versuch zusammen, die Reformpolitik mit Gewalt zu verhindern (etwa in Form der sogenannten Kettenmorde oder der Drohung der Revolutionsgarden mit einem Militärputsch im Jahre 1999). Erklärtes Ziel war es, ein neues politisches Lager aufzubauen, das inhaltlich wie organisatorisch gegen die Reformkräfte würde bestehen können. Dieses Lager sollte die politischen Organisationen vereinigen, die das islamistische Milieu und die Nomenklatura vertreten – also die traditionellen Konservativen und die Hezbollahis –, und ihnen mittels Wahlen die Vorherrschaft im Parlament sowie die Präsidentschaft sichern. In der Folge sollten die Reformkräfte entmachtet und Teile von ihnen vollständig aus dem politischen Spiel verdrängt, andere hingegen ins Lager der Prinzipalisten integriert werden. So sollte nicht zuletzt auch die Macht der informellen und intransparenten Netzwerke der Flügel gestärkt werden.

Besonders enthusiastisch vorangetrieben wurde dieses Projekt von jenen hohen und höchsten Mitarbeitern des Sicherheitsapparats, die nach dem Wahlsieg Chamenehs von den Reformisten aus ihren Positionen entfernt worden waren. Weitere Unterstützung kam vom Kommando der Revolutionsgarde: 1999, nach den Studentenunruhen, durch General Rahim-

Safavi; 2008 dann durch seinen Nachfolger, General Dschafari, der sich hinter die Prinzipalisten stellte, indem er in einer öffentlichen Rede die revolutionäre Einstellung der Reformer in Zweifel zog.<sup>22</sup> Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist das Kommando der Revolutionsgarden ein Teil des Flügels der Prinzipalisten.

### Konservative und Hezbollahis

Die westliche Wahrnehmung sieht Irans Prinzipalisten oft als einen monolithischen Block; es handelt sich jedoch um zwei voneinander unabhängige politische Flügel, um Konservative und Hezbollahis, die beide dem islamistischen Milieu entstammen. Die traditionellen Konservativen stützen sich in erster Linie auf den Bazar und auf ein Netzwerk islamischer Vereine,<sup>23</sup> das jahrelang von Habibollah Asgar-Ouladi geleitet wurde. Sie verfügen über ausgezeichnete Beziehungen zum hohen Klerus, mit dem die führenden Familien der traditionellen Konservativen verschwägert sind. Die ihnen nahestehenden Kleriker in staatlichen und revolutionären Organisationen spielen eine zentrale Rolle im iranischen Machtkampf, vor allem die Partei »Gesellschaft der kämpfenden Kleriker« (*dschame'eh-ye ruhaniyun-e mobarez*). Obwohl die Konservativen bislang nie den Staatspräsidenten gestellt haben, übten sie großen politischen Einfluss aus: durch ihre Abgeordneten im Parlament, über die Verwaltung oder durch Minister. In der Wirtschaftspolitik vertraten sie betont konservative Ansichten, indem sie das Privateigentum selbst Anfang der 1980er Jahre, also in der härtesten Phase der Revolution, eisern verteidigten.<sup>24</sup>

### Die Hezbollahis

Die Mitglieder der iranischen Hezbollah sind schwer zu charakterisieren; sie gelten als der am schwächsten

<sup>21</sup> Der Name kam von einem Hezbollahi, Mehdi Nasiri, der Redakteur bei *Keyhan* und *Sobh* war, dem ehemaligen Presseorgan der *Ansare Hezbollah*. Hierzu siehe Moslem, *Factional Politics* [wie Fn. 10], S. 136.

<sup>22</sup> »Warum unterstützen die Revolutionsgarden Gedanken des Prinzipalismus?«, in: *Hadi Basirat*, 29.4.2008.

<sup>23</sup> Der sogenannten Konföderation der Islamischen Vereine (*mo'talefeh-ye hey'atha-ye eslami*).

<sup>24</sup> Vgl. Chomeinis positive Einstellung zum Privateigentum bei Abrahamian, *Khomeinism* [wie Fn. 5], S. 39–45.

organisierte und am stärksten zersplitterte politische Flügel. Keinesfalls darf man sie mit der gleichnamigen libanesischen Organisation verwechseln oder gar einen ähnlich durchorganisierten Parteiapparat auf iranischer Seite erwarten. Dies ist einer der Gründe, warum die iranischen Hezbollahis in der Literatur kaum auftauchen. Und wenn das der Fall ist, dann nur unter Schlagworten wie »Extremisten«, »Radikale«, »Neo-Fundamentalisten« oder ähnliches. 1995 scheiterte der Versuch des ehemaligen Geheimdienstministers Mohammad Mohammadi-Reyschahri, die Hezbollahis in einer Partei zu organisieren, die er im linksislamistisch-populistischen Spektrum ansiedeln wollte.<sup>25</sup> Es ist bis heute unmöglich, die Größe und genaue Zusammensetzung der verschiedenen Hezbollahi-Strömungen zu bestimmen oder auch nur eine detaillierte Liste der ihr zugehörigen Organisationen, Gruppen und Internetseiten zu erstellen.

Die Hezbollahis stammen teils aus dem kleinbürgerlich-konservativen islamistischen Milieu des Bazars, teils aus der Unterschicht. Das erklärt, warum sozialpopulistische und Anti-Establishment-Forderungen, gepaart mit Anti-Intellektualismus, auch heute noch im politischen Diskurs der Islamischen Republik eine wichtige Rolle spielen.<sup>26</sup> Selbst wenn viele Hezbollahis mit der Zeit zu Wohlstand gekommen und in die besseren Viertel Teherans gezogen sind, so sind sie doch habituell (hinsichtlich Mode, religiöser Observanz, Akzent usw.) ihren Wurzeln treu geblieben. Im Vergleich zu den Konservativen sind die Beziehungen der Hezbollahis zum hohen Klerus (den sogenannten *mardschas*) schwächer, was sie durch die strenge Verehrung Chomeinis und seines Nachfolgers Chamenei auszugleichen suchen. Die ersten Gruppen der Hezbollahis traten während der Revolution als radikale Schlägertrupps auf, die die Islamisierung der Straße (Verhinderung des Verkaufs alkoholischer Getränke, Durchsetzung der islamischen Kleidervorschriften u. ä.) rücksichtslos vorantrieben. Ein Teil wurde damals in die Reihen der Revolutionsgarden integriert bzw. stellte das Gros der Kriegsfreiwilligen bei den

<sup>25</sup> Qutschani, »Die Fundamentalisten kommen mit den Modernisten« [wie Fn. 11], S. 171; zahlenmäßig unbedeutend, stellen die »Wertorientierten« (*arzeschiha*), wie sie sich selbst nennen, eine wichtige Minderheit im Bereich der Geheimdienste.

<sup>26</sup> Für die beste Darstellung der iranischen Hezbollah siehe Farhad Khosrokhavar, *L'Utopie sacrifiée: Sociologie de la révolution iranienne*, Paris 1993, S. 159–174.

Basidschis; dies erklärt ihre heutige Nähe zum Sicherheitsapparat.<sup>27</sup>

Keinesfalls sind die Hezbollahis lediglich eine radikale Randerscheinung. Denn ihre ideologische Kerngruppe um die Tageszeitung *Keyhan* setzt wichtige politische und ideologische Akzente. Ihre Mitglieder sind in verschiedenen Hezbollahi-Gruppen über das ganze Land verteilt, wo sie oft mit Einheiten der Basidschis verzahnt sind. Diese Verzahnung kann als Versuch der Behörden interpretiert werden, über diese radikalen Gruppen in irgendeiner Weise Kontrolle auszuüben. So nehmen etwa die Mitglieder der *Ansare Hezbollah* von Täbris an der ideologischen Ausbildung für die Basidschis teil. Die Hezbollahis sind zudem stark präsent im Milieu der Kriegsveteranen und Kriessopferverbände; zu ihm gehören auch jene unabhängigen Milizen, die für die politische Gewalt in den 1990er Jahren verantwortlich waren,<sup>28</sup> darunter die eben erwähnte *Ansare Hezbollah*. Ebenfalls dem Flügel der Hezbollahis zuzuordnen ist Ayatollah Mohammad-Taqi Mesbah-Yazdi, der in Ghom zwei Bildungsinstitute<sup>29</sup> betreibt und von vielen als geistiger Urheber der politischen Gewalt in Iran betrachtet wird.<sup>30</sup> Er füllt unter anderem die Rolle des Regime-Ideologen aus und ist daher auch für einen Teil der ideologischen Ausbildung der Basidschis und der *Ansare Hezbollah* zuständig.<sup>31</sup>

Zu Beginn der Revolution bedeutete ein Hezbollahi zu sein weniger, einer bestimmten Organisation an-

<sup>27</sup> So Moojan Momen, *An Introduction in Shi'i Islam*, New Haven/London 1985, S. 199; ihr Anführer, Hadi Ghaffari, war ein Protegé Chomeinis. Hierzu siehe Baqer Moin, *Khomeini. Life of the Ayatollah*, New York 2000, S. 211; Khosrokhavar, *L'Utopie sacrifiée* [wie Fn. 26], S. 165.

<sup>28</sup> Hierzu siehe Michael Rubin, *Into the Shadows. Radical Vigilantes in Khatami's Iran*, Washington, D.C.: WINEP, 2001; und, aufbauend auf Rubins Werk, Walter Posch, »Islam und Religion in Iran oder Schiismus als Politik«, in: Walter Feichtinger/Sybille Wentker (Hg.), *Islam, Islamismus und islamischer Extremismus. Eine Einführung*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2008, S. 108–121.

<sup>29</sup> Die Forschungsinstitute »Baqer ol-Olum« und das »Imam-Chomeini-Forschungszentrum«. An beiden Einrichtungen können schiitische Geistliche einen weiteren Abschluss neben dem in Theologie erwerben.

<sup>30</sup> So Buchta, *Who Rules Iran?* [wie Fn. 10], S. 168.

<sup>31</sup> Katajun Amirpur, »A Doctrine in the Making? *Velayat-e Faqih* in Post-Revolutionary Iran«, in: Gudrun Krämer/Sabine Schmidtke (Hg.), *Speaking for Islam: Religious Authorities in Muslim Societies*, Leiden: Brill, 2006, S. 219–240; Saeid Golkar, *The Ideological-Political Training of Iran's Basij*, Waltham, Mass.: Brandeis University, Crown Center for Middle East Studies, September 2010 (Middle East Brief, 44), S. 5.

zugehören, als vielmehr eine radikale Geisteshaltung zu pflegen,<sup>32</sup> die sich vor allem durch konsequente Intoleranz auszeichnet. Das überragende Selbstvertrauen der Hezbollahis leitet sich schon aus ihrem Namen ab: »Partei Gottes«<sup>33</sup>; ihre Feinde sind also die Feinde Gottes. In sich schlüssig folgen daraus ihre Intoleranz und ihre Weigerung, andere politische Standpunkte zu akzeptieren. Sechs ideologische Eckpunkte kennzeichnen die Einstellung der Hezbollahis, gleich in welchem politischen oder organisatorischen Umfeld sie tätig sind:

- ▶ Fanatische Treue zur Idee der »Herrschaft des Rechtsgelehrten«, das heißt zur Person des gegenwärtigen Obersten Rechtsgelehrten, Chamenei; sie äußert sich darin, dass die Hezbollahis jede Beschränkung der Macht seines Amtes ablehnen; in letzter Konsequenz pflegen sie einen religiös verbrämten, antidemokratischen Führerkult.
- ▶ Da ihnen tragfähige theoretische und philosophische Grundlagen fehlen, fordern die Hezbollahis unter Berufung auf Modschtaba Navvab Safavi<sup>34</sup> und Ruhollah Chomeini ein islamistisches Utopia: eine auf egalitär-revolutionärer Grundlage beruhende einheitliche islamische klassenlose Gesellschaft (*dschame:eh-ye bi-tabaqeh-ye touhidi*), die in eine islamische Herrschaft (*hokumat-e eslami*) münden soll.<sup>35</sup>
- ▶ Aggressiver sozialer Populismus, der sich in der energischen Durchsetzung des islamischen Prinzips »das Schlechte verbieten und das Gute befehlen« (*al-amr bi-l-maruf va al-nahij an al-monker*) äußert. Dies manifestiert sich vor allem in Durchsetzung der Bekleidungs Vorschriften gegenüber den Frauen der säkularisierten Schichten; damit einhergehend sind die Hezbollahis radikale Feinde des westlichen »Kulturimperialismus«.
- ▶ Gedenken an die »Märtyrer« des langen Iran-Irak-Krieges; diese Art des Totengedenkens wurde bereits zu einer eigenen Spielart der schiitischen Volksfrömmigkeit.
- ▶ Engagement für den Islam weltweit, vor allem für die »unterdrückten Muslime« wie die Palästinenser;

32 Jean-Pierre Digard/Bernard Hourcade/Yann Richard, *L'Iran au XXe siècle*, Paris 1996, S. 171.

33 Der Begriff »hizb Allah« stammt aus dem Koran, Sure Al-Ma'ideh, 5:56.

34 Moslem, *Factional Politics* [wie Fn. 10], S. 96f, und Sohrab Behdad, »Utopia of Assassins: Navvab Safavi and the Fadaian-Eslam in Pre-Revolutionary Iran«, in: Ramin Jahanbegloo (Hg.), *Iran. Between Tradition and Modernity*, Boulder et al. 2004, S. 71–94.

35 Khosrokhavar, *L'Utopie sacrifiée* [wie Fn. 26], S. 70.

große Sympathien genießt zudem die libanesische Hizbullah, die mit ihren iranischen Namensvettern aber (wie bereits angeklungen) in keinerlei organisatorischer Beziehung steht.

- ▶ Der oben erwähnte Bezug zu Navvab Safavi erklärt auch die Gewaltbereitschaft der Hezbollahis und deren prinzipielle Ablehnung des Staates Israel; dies macht sie für anti-israelische und antisemitische Propaganda jeder Art empfänglich.

Die Hezbollahis spielten vor allem zu Beginn der Revolution eine Schlüsselrolle, indem sie die Islamisierung der Universitäten und der Verwaltung gegen den Widerstand der gebildeteren und besser ausgebildeten Vertreter der säkularen Mittelschicht vorantrieben. Ihre Defizite an technisch-administrativen Fertigkeiten suchten die Hezbollahis durch umso stärkeren religiösen und ideologischen Eifer zu kompensieren. Als unter Rafsandschani und Chatami wieder mehr Wert auf Professionalismus gelegt und vermehrt Mitglieder der neuen islamischen sowie der säkularen Mittelschicht rekrutiert wurden, verloren die Hezbollahis vor allem auf der mittleren Führungsebene stark an Einfluss. Diese Entwicklung förderte bei ihnen jedoch nicht die Einsicht in ihre eigenen professionellen Schwächen; vielmehr erklärten die Hezbollahis diesen Machtverlust mit der vermeintlichen ideologischen Laxheit Rafsandschanis und Chatamis.<sup>36</sup> Obwohl die Hezbollahis bis zum Amtsantritt Ahmadeschads kaum Spitzenpositionen in der Verwaltung innehatten, waren sie doch in den mittleren und höheren Ebenen der Bürokratie, des Sicherheitsapparats und im Büro des Revolutionsführers vertreten. Sie waren also trotz des Verlusts vieler wichtiger Positionen für ein späteres politisches Come-back gut gerüstet.

### Ideologische Konvergenz und Divergenz

Das Verhältnis zwischen Konservativen und Hezbollahis ist keineswegs frei von Friktionen. Die Konservativen sahen in den Hezbollahis anfangs allein die gewaltbereiten Aktivisten der Revolutionszeit und konnten ihren kriegsbedingten sozialen Aufstieg politisch nicht recht einordnen. Ginge es nach den Konservativen, würden sie selbst das politische Zentrum besetzen, während die Hezbollahis die liberale Konkurrenz in Schach zu halten hätten. Spätestens mit der Gründung ihrer gemeinsamen Plattform Ende der

36 Kian-Thiébaud, *Secularization* [wie Fn. 1], S. 238.

1990er Jahre wurde jedoch deutlich, dass die tatsächlichen Verhältnisse anders waren. Die von sozialen Ressentiments geprägten Hezbollahis blieben einer klassenkämpferischen Rhetorik treu, die sich auch gegen die Bazaris richtete. Einig waren sich die beiden Fraktionen hingegen in der Ablehnung der Reformkräfte und der Kulturpolitik Chatamis, die von den beiden sonst recht unterschiedlichen Gruppen als besondere Provokation empfunden wurde.

Das neue prinzipalistische Konzept zwang beide Gruppen zu Kompromissen. So akzeptierten die traditionellen Konservativen die bei den Hezbollahis gängige Lesart der Funktion des Revolutionsführers als »absoluter Herrschaft des Rechtsgelehrten« (*velayat-e faqih-e motlaqeh*). Dies stellte einen Bruch mit ihrer traditionellen Position dar, die die Vielfalt im hohen Klerus bevorzugte. Die Konservativen sowie die Realisten unter den Hezbollahis betrachteten dies pragmatisch als Stärkung des »Büros des Revolutionsführers«, von der man sich auch mehr Klarheit in den Verantwortlichkeiten und in der Hierarchie der Islamischen Republik erhoffte. Eine weitere Stärkung des Büros des Revolutionsführers bedeutete, dass selbst eine mögliche Mehrheit der Reformisten im Parlament an Einfluss verlöre und die etablierte Macht der Konservativen nicht mehr gefährden könnte.

Eine radikale Minderheit innerhalb der Hezbollahis ging noch einen Schritt weiter: Sie propagierte eine beinahe sektenhafte Verehrung des Revolutionsführers und forderte absolute Macht für ihn ein. Diese aktiven, aber schwer zu identifizierenden Gruppen dürften für einen Großteil der Brutalitäten während des Sommers 2009 verantwortlich gewesen sein. Dieser Personenkult war dem Revolutionsführer Chamenei zeitweise offensichtlich peinlich, denn er ermahnte die eigenen Anhänger, man dürfe »nicht jede Person, mit der man Meinungsverschiedenheiten hat, der Illoyalität zum *velayat-e faqih* bezichtigen«. <sup>37</sup>

Außerdem scheint es unter den Hezbollahis Verfechter einer dritten Position zu geben, die ihre Ansichten erst im Sommer 2011, also nach dem Bruch der meisten Hezbollahis mit Ahmadineschad, zu Papier brachten. <sup>38</sup> Ginge es nach ihnen, so sollten sich unter den Prinzipalisten endgültig die Hezbollahis und ihre Mentalität durchsetzen; in der Folge würden die Volksmassen mobilisiert und (zwangs-)politisiert.

<sup>37</sup> So der Titel einer Schlagzeile bei *ILNA*, 25.11.2009.

<sup>38</sup> Der Text ist als zukunftsweisendes Dokument für die »Prinzipalisten« gedacht, vgl. Modschtaba Zare, »Die Anwesenheit der gesellschaftlichen Prinzipalisten in der Sphäre der Politik«, in: *Serat*, 5.7.2011.

Die Prinzipalisten in der Regierung und im Parlament würden dann nur mehr *reagieren*: nämlich auf die »Herrschaftserlasse« (*hokm-e hokumati*) des Revolutionsführers. <sup>39</sup> Mit anderen Worten: Der Revolutionsführer müsste selbst regieren, wodurch die staatlichen Stellen entmachtet und letztendlich im Machtapparat des Revolutionsführers aufgehen würden.

Im Zuge ihrer Vereinigung mit den Konservativen mäßigten die Hezbollahis ihre klassenkämpferischen Töne und konzentrierten ihre sozialen Ressentiments auf den Einfluss Ayatollah Rafsandschanis und seiner Familie, deren Reichtum immer wieder zu öffentlicher Kritik Anlass gab. Während die Konservativen also einen Schritt in Richtung Autoritarismus gingen, bewegten sich die Hezbollahis in Richtung marktwirtschaftliche Mitte.

Eine zentrale Rolle bei der Gründung der Prinzipalisten dürften wirtschaftliche Aspekte gespielt haben. Die groben Konturen der Wirtschaftsreformen standen ohnehin seit längerem fest: Es ging vornehmlich um Privatisierung und Liberalisierung. <sup>40</sup> Letzten Endes hätte dies aber auch eine gesellschaftliche Liberalisierung bedeutet, von der in erster Linie die Reformkräfte profitiert hätten. Die traditionellen Konservativen, unter denen die Bazaris überproportional stark vertreten sind, standen staatlicher Intervention in die Wirtschaft ablehnend gegenüber; ebenso kritisch betrachteten sie andererseits aber auch den Wirtschaftsliberalismus, von dem sie zu Recht annahmen, dass er ihrer weltläufigen, verwestlichten Konkurrenz mehr nützen würde. Daher forderten sie eine »gemäßigte Vorgehensweise« in der Wirtschaftspolitik. Darunter wurde ein Kompromiss verstanden, den Ahmad Tavakkoli formulierte, der ökonomische Vordenker der Prinzipalisten, der der jüngeren Generation der Konservativen angehört und in Großbritannien studiert hat. Seiner Ansicht nach sei man nicht gegen Privatisierungen und Stärkung der Privatwirtschaft, allerdings nur, soweit beides staatlich

<sup>39</sup> Vgl. Zare, »Die Anwesenheit der gesellschaftlichen Prinzipalisten« [wie Fn. 38].

<sup>40</sup> Hierzu siehe Behnam Moradi, »Dimensionen der Privatisierung und ihre Auswirkungen auf Privatinvestitionen (mit besonderer Berücksichtigung der Situation im Iran)« (persisch), in: *Ettelaat-e Siyasi-Eqtisadi*, 213 (Juni-Juli 2005) 4, S. 180–207; Jahangir Amuzegar, »Iran's 20-Year Economic Perspective: Prospects and Pitfalls«, in: *Middle East Policy*, 16 (Herbst 2009) 3, S. 41–57; siehe auch die offizielle 20-Jahres-Strategie der Islamischen Republik, die 2005 beschlossen wurde: »Dokument der 20-Jahres-Perspektive«, <[www.dolat.ir/PDF/20years.pdf](http://www.dolat.ir/PDF/20years.pdf)>.

sanktioniert bleibe.<sup>41</sup> Eine solche Art von »Reform« spiegelt in Wirklichkeit die politischen Realitäten des Landes wider: Wirtschaftliche Aktivitäten sind nur dann willkommen, wenn die politischen Flügel, die ihre Mitglieder überall in der staatlichen Administration positioniert haben, davon profitieren. Dieser nach wie vor gültige Ansatz hat drei bis heute fortwirkende Konsequenzen:

- ▶ Erstens war diese Art der Reform gegen die westlich orientierte Elite in der Privatwirtschaft gerichtet, die damit noch mehr an den Rand gedrängt werden sollte.
- ▶ Zweitens war dies eine deutliche Einladung an staatliche und halbstaatliche Institutionen, selbst wirtschaftlich aktiv zu werden; dies kam vor allem den revolutionären und religiösen Stiftungen sowie der Revolutionsgarde zugute.
- ▶ Drittens ergab sich daraus nahezu automatisch die Notwendigkeit, die Reformkräfte aus ihren Positionen in der Administration zu verdrängen; denn von der Wirtschaft profitieren sollten zukünftig die Hezbollahis, von denen bis dahin nur wenige Schlüsselpositionen innehatten, sowie die Konservativen, die damals gerade im Begriff waren, an Einfluss zu verlieren.

Kaum war durch den Amtsantritt Präsident Ahmadineschads 2005 die Kontrolle über die Wirtschaftsplanung in die Hände der Prinzipalisten gefallen, wurde zwar die sozial-populistische Rhetorik der Hezbollahis übernommen, in der politischen Praxis jedoch mit den Subventionskürzungen ein marktwirtschaftlicher Kurs eingeschlagen. Ahmadineschad, dem als erstem iranischen Politiker solche Subventionskürzungen tatsächlich gelangen, zitiert daher zu Recht die positiven Berichte ansonsten von ihm als »imperialistisch« bezeichneter Organisationen wie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds über die Politik seiner Regierung.<sup>42</sup> Nach Ein-

41 Vgl. Mohammad Qutschani, »Vom illusionären Sozialismus zum revolutionären Konservativismus«, in: ders., *Der Pate* (= *Rafсандschani*) und die Neue Rechte [wie Fn. 11], S. 196–199.

42 Siehe »Ahmadinejad Calls Iran New Economic Power«, *Fars*, 16.5.2011; »Statement by IMF Article IV Mission to the Islamic Republic of Iran«, IMF Press Release 11/228, 13.6.2011; die Ergebnisse dieses Berichts wurden im Westen kritisch aufgenommen, vgl. Saeed Kamali Dehgan, »IMF Report on Iran's Economic Success Draws Scepticism«, in: *The Guardian*, 17.6.2011; das Lob des Internationalen Währungsfonds kommt in der Tat etwas überraschend, da die Regierung Ahmadineschad bis zu diesem Zeitpunkt kaum Erfolge vorweisen konnte. Hierzu siehe Jahangir Amuzegar, »Iran's Fourth Plan: A

schätzung des Regimes wird das iranische Jahr 1390, das am 21. März 2011 begann und vom Revolutionsführer zum »Jahr des Wirtschafts-Dschihads« (*dschehad-e eqtesadi*) ausgerufen wurde, deshalb zum Jahr des Durchbruchs eines wirtschaftlichen Rationalismus im Iran.

## Erfolge und Zusammenbruch

Das Zusammengehen der Konservativen mit den Hezbollahis und der Versuch ihrer ideologischen Neuausrichtung führten letztlich keine gemeinsame politische Identität der beiden Gruppen herbei, auch wenn in der Öffentlichkeit das Gegenteil beschworen wurde. Die Prinzipalisten blieben in erster Linie ein lose koordinierter politischer Flügel, dessen organisatorischer Motor ursprünglich das »Koordinationskomitee der Kräfte der Revolution« (*shura-ye hamahangi-ye niruha-ye enghelab*) war. Dieses Komitee hatte der ehemalige stellvertretende Geheimdienstminister und spätere Innenminister Mostafa Purmohammadi Ende der 1990er Jahre als Auffangbecken für alle antireformistische Gruppen gegründet. Zum Koordinationskomitee gehörten auch die »Koalition der Erbauer« (*etelafe abadgaran*) oder die »Gesellschaft der sich Aufopfernden« (*dschamiat-e isargaran*) sowie weitere Organisationen aus dem Hezbollahi-Spektrum. Purmohammadi gelang der Brückenschlag zu namhaften konservativen Politikern wie Ali-Akbar Nateq-Nuri und Ali Ardaschir Laridschani, mit denen er die Rückkehr an die Macht plante. Dabei profitierten die Prinzipalisten von mehreren Faktoren: von der allgemeinen Frustration über die Reformkräfte während der zweiten Amtszeit Chatamis; von der Möglichkeit, dass der Wächterrat,<sup>43</sup> dessen Mitglieder überwiegend den traditionellen Konservativen zuneigten, den wichtigsten Kandidaten der Reformisten das Recht zum Kandidieren letztlich verweigern konnte; von den staatlichen und halbstaatlichen Netzwerken der Basidschis und Hezbollahis; sowie von taktischen Fehlern ihrer politischen Gegner.

Dank der Summe dieser Faktoren konnten die Prinzipalisten 2003 die Lokalwahlen gewinnen (darunter auch die in der wichtigsten Stadt, Teheran), 2004 die Parlamentswahlen, 2005 die Präsidentschafts- und

Partial Assessment«, in: *Middle East Policy*, 17 (Winter 2010) 4, S. 114–130.

43 Der Wächterrat (*shura-ye negahban*) entscheidet unter anderem über die Zulassung der Kandidaten zu Wahlen. Hierzu siehe Shirazi, *The Constitution of Iran* [wie Fn. 20], S. 87–91.



2008 wiederum die Parlamentswahlen. Diese Erfolge kaschierten allerdings die tiefen Risse, die nicht nur innerhalb der Gruppierung insgesamt jederzeit aufbrechen und den neuen politischen Flügel zerreißen konnten, sondern die auch innerhalb der Gruppe der Konservativen und innerhalb jener der Hezbollahis ausgeprägter wurden. Den wichtigsten Politikern der Prinzipalisten war klar, dass die Unterstützung durch den Wächterrat und die allgemeine Frustration auf längere Sicht nicht ausreichen würden, um die Präsidentschaft und die Parlamentsmehrheit erneut zu erringen. Bei den Parlamentswahlen 2004 setzte die jüngere Generation der Prinzipalisten (Gholamhossein Haddad-Adel, Ali Ardaschir Laridschani, Mohammad Reza Bahonar und Ahmad Tavakkoli) daher auf Mäßigung und verhielt sich in vielen Punkten pragmatisch. So übernahmen sie relativ unpolitische Forderungen der Reformisten, wie die Betonung der ökonomischen Vernunft, und lehnten Demokratie nicht von vornherein ab. Dieser Pragmatismus blieb allerdings auf den politischen Stil beschränkt und erstreckte sich nicht auf den politischen Inhalt.

Doch reichte allein dies schon aus, um die damals noch junge Allianz der Konservativen mit den Hezbollahis auf die Probe zu stellen: Sowohl die Tageszeitung *Keyhan* als auch Vertreter von *Ansar-e Hezbollah* protestierten gegen den vermeintlichen Liberalismus der genannten Politiker.<sup>44</sup> 2008 kandidierten die Prinzipalisten gleich mit zwei Listen, deren erfolgreiche Kandidaten nach der Wahl in einer Parlamentsfraktion vereint wurden. 2009 stellten sich die Prinzipalisten noch einmal vereint hinter Ahmadineschad; ausschlaggebend hierfür waren einerseits der Mangel an alternativen Kandidaten und andererseits die Hoffnung, nach einer Wiederwahl Ahmadineschads die letzten Bastionen der Reformkräfte schleifen zu können. Der Belastungsprobe durch die Proteste nach der Wahl war die Einheit der Prinzipalisten allerdings nicht gewachsen. Es begann ein etappenweiser Zerfall, in dessen Verlauf sich immer mehr Prinzipalisten von Ahmadineschad abwandten: zuerst im Sommer 2009, als prominente Politiker Ahmadineschad kritisierten und die verschiedenen Hezbollah-Gruppen einen eigenständigen Kurs verfolgten; ein Jahr darauf wurden bereits drei prinzipalistische Richtungen

gezählt.<sup>45</sup> Im Sommer 2011 formierten sich zwei weitere Gruppen: auf der einen Seite die ehemaligen Verbündeten Ahmadineschads, Gholamhossein Haddad-Adel und Mohammad-Taqi Mesbah-Yazdi mit der »Stabilen Front der Islamischen Revolution«,<sup>46</sup> auf der anderen Seite Ayatollah Mahdavi-Kani, der versuchte, die verbliebenen Prinzipalisten unter klerikaler Führung zu organisieren.

Nach einem Jahrzehnt »Prinzipalismus« hat diese Gruppierung heute weder eine klare Struktur noch – abgesehen von der Verdammung Ahmadineschads und seiner Anhänger – ein wirkliches Programm. Die Lager innerhalb der Hezbollahis und Konservativen haben sich verschoben, so dass die Spaltung zwischen realpolitisch orientierten Gruppen und jenen utopischen Extremisten, die für die meisten Menschenrechtsverletzungen nach den Wahlen von 2009 verantwortlich sein dürften, deutlicher hervorgetreten ist. Durch diese Spaltung wurden offenbar die realpolitisch orientierten konservativen Kräfte innerhalb der Prinzipalisten gestärkt und die Prinzipalisten insgesamt gemäßigt. In dieser Form werden die Prinzipalisten politisch nicht nur überleben, sondern sogar tonangebend bleiben. Vor allem die jüngere Generation der Konservativen bei den Prinzipalisten, wie Ali Laridschani und Ahmad Tavakkoli, hat noch so viel politisches Selbstbewusstsein, dass sie sich zutrauen, ein zukünftiges Machtarrangement mit den Reformkräften zum eigenen Vorteil zu gestalten.

<sup>44</sup> Farhad Khosrokhavar, »The New Conservatives Take a Turn«, in: *Middle East Report*, 34 (Winter 2004) 233, S. 24–27; siehe auch Morad Saghafi, »The New Landscape of Iranian Politics«, in: *Middle East Report*, 34 (Winter 2004) 233, S. 16–23.

<sup>45</sup> Dariyush Qanbari, »Die Einheit der Prinzipalisten ist nur künstlich«, in: *Aftab*, 27.7.2010; Ali Dourani, »Die Prinzipalisten bestehen aus drei verschiedene Gruppen«, in: *Fararu*, 7.11.2010; »Wie wird die Einheit der Prinzipalisten hergestellt?«, in: *Ayandeh*, 11.10.2010.

<sup>46</sup> »Wird die Stabile Front das Lager der Prinzipalisten herausfordern?«, in: *Fararu*, 28.7.2011; »Mesbah-Yazdi unterstützt »stabile Front«, *BBC Persian*, 28.7.2011.

## Die Präsidentschaftswahl und ihre Nachwehen 2009/2010

Die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2009 und die nachfolgenden Entwicklungen bilden einen Wendepunkt in der demokratischen Entwicklung Irans. Am Anfang stand die enttäuschte Erwartung der Reformkräfte, es werde zumindest leidlich faire Wahlen geben. Die anschließenden Proteste waren weder ein prodemokratischer Aufstand der bürgerlichen Massen mit dem Ziel eines Regimewechsels noch ein Versuch der Reformkräfte, das bisherige System der Islamischen Republik zu überwinden und es endgültig zu demokratisieren: So formulierte niemand etwa die Forderung, die chomeinistische Staatsideologie aufzugeben und den politischen Raum für Parteien und Organisationen zu öffnen, die nicht dem politischen Islam angehören.

Vielmehr zeigten die Proteste nach den Wahlen zweierlei:

1. Es fand ein anhaltendes Kräftemessen zwischen den Reformkräften statt, die ihre Stellung innerhalb des Systems der politischen Flügel wiedererlangen wollten, und den Prinzipalisten, die versuchten, genau dies zu verhindern: indem durch die Wiederwahl Ahmadineschads die Macht der Prinzipalisten in der Administration und Bürokratie weiter ausgebaut und zugleich die Reformkräfte auf Dauer isoliert werden sollten.
2. Die Proteste, die sich am Wahlbetrug Ahmadineschads und seiner Unterstützer entzündet hatten, machten deutlich, dass die von den Reformkräften erhobenen Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte, nach Rechtsstaatlichkeit und Gewährung individueller und bürgerlicher Freiheiten von der politischen Klasse des Irans nicht (mehr) ignoriert werden können und genauso politische Realität sind wie der ideologische Utopismus der Hezbollahis.

Als Folge der Proteste sah das Regime sich schließlich gezwungen, sowohl gegen die Hezbollahis als auch gegen Ahmadineschad vorzugehen und beide in ihre Schranken zu weisen. Die von den Unterstützern und Verbündeten Ahmadineschads verfolgte Taktik der politischen Gewaltanwendung und des Populismus scheiterte an den Straßendemonstrationen, der Hartnäckigkeit reformorientierter Politiker, den Exzes-

sen der Hezbollahis und den Fehlern Ahmadineschads.

### Wahlkampf

Der Wahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen 2009 exponierte zunächst die Schwächen der politischen Taktik beider Seiten:<sup>47</sup> Weder die Reformparteien noch die Prinzipalisten boten innovative Ansätze oder großartige Neuerungen; beide verließen sich auf ihre altbewährten Konzepte: Die Reformparteien setzten auf eine Koalition verschiedener links-islamistischer Gruppen mit der *Kargozaran*-Partei, die Rafsandschani nahestand und die wichtigste Vertreterin der moderaten Rechten darstellte; die Reformkräfte hofften, mit liberalen und zivilgesellschaftlichen Forderungen einen ähnlichen Wahlsieg wie zu Zeiten Chatamis erreichen zu können. Dagegen setzten die Prinzipalisten auf ihre alten Verbündeten im Wächterrath, die erneut wichtigen Kandidaten der Reformisten ein Antreten bei den Wahlen verweigerten, sowie auf die Kooperation aller rechtsorientierten Gruppen, deren Spitzenkandidat ein weiteres Mal Ahmadineschad wurde. Dieser konnte sich wie bei der vorausgehenden Wahl die Unterstützung der Hezbollahis und des Basidschi-Milieus sichern und wurde zudem von einem Teil der Konservativen unterstützt.

Die allgemeine Frustration in der Bevölkerung über die Verhältnisse im Land sowie die Uneinigkeit der politischen Rechten, hervorgerufen durch die Unzufriedenheit wichtiger Persönlichkeiten mit dem Führungsstil Ahmadineschads, ließen Reformkräfte hoffen, ein Sieg gegen Ahmadineschad könne möglich sein. Der ehemalige Staatspräsident Chatami (bis 2005) hatte um den Jahreswechsel 2008/2009 bei mehreren öffentlichen Auftritten die Stimmung im Lande getestet und seine beträchtliche Popularität richtig

<sup>47</sup> Für die Positionierung der Kandidaten vor den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2009 siehe Walter Posch, *Prospects for Iran's 2009 Presidential Elections*, Washington, D.C.: The Middle East Institute, Juni 2009 (The Middle East Institute Policy Brief, Nr. 24), <[www.mei.edu/Portals/0/Publications/Posch2.pdf](http://www.mei.edu/Portals/0/Publications/Posch2.pdf)>.

eingeschätzt. In der Tat stellte sich nämlich schon kurz nach dem Amtsantritt Ahmadineschads eine Art Chatami-Nostalgie ein. Die Anhänger und Berater Chatamis kamen außerdem zu der Überzeugung, dass nur ein chancenreicher Kandidat wie er eine hohe Wahlbeteiligung garantieren könnte, die dem Regime für seine Glaubwürdigkeit so wichtig war. Die Wahlen bestätigten diese Einschätzung: Sogar die Auslandsiraner strömten an die Wahlurnen. Für seinen Beitrag zu einer hohen Wahlbeteiligung erwartete das Chatami-Lager im Gegenzug einen freien und fairen Verlauf der Wahlen.

Chatamis Kandidatur war jedoch lediglich taktisch motiviert. Sein Ziel war es, die demoralisierten Kader zweier wichtiger Parteien, der Islamischen Partizipationspartei und der Modschahedin der Islamischen Revolution, neu zu motivieren und die alte Reformkoalition wiederzubeleben. Chatami war dabei bewusst, dass er von den Hezbollahis angefeindet wurde. Wichtige radikale Politiker, wie Hodschatoleslam Dschafar Schodschuni oder Mehdi Kutschakzadeh, zweifelten in aller Öffentlichkeit Chatamis ideologische Zuverlässigkeit an.<sup>48</sup> In der aufgeheizten Stimmung konnte dies nur signalisieren, dass ihre Anhänger auch vor Gewalt nicht zurückschrecken würden, wenn es galt, die Revolution vor Abweichlern zu schützen. Eine Wahl Chatamis hätte mit einiger Sicherheit Gewaltexzesse der Hezbollahis nach sich gezogen, die nur schwer kontrollierbar gewesen wären. Als loyaler Anhänger des Revolutionsführers zog Chatami seine Kandidatur daher zurück.

Mit der Übergabe seiner Kandidatur an Mir-Hossein Musavi präsentierte Chatami dem Regime, vor allem dem Revolutionsführer Chamenei, einen Kompromisskandidaten: Musavi genoss einen guten Ruf bei den Kriegsveteranen und den Revolutionsgarden, deren Wirtschaftsimperium während seiner Zeit als Premierminister (1981–1989) aufgebaut worden war.<sup>49</sup> Er gehörte zwar den islamischen Linken an, war aber (im Gegensatz zu seiner Ehefrau) selbst nie Teil der Reformbewegung. Während des Wahlkampfes sprach Musavi drei Gruppen besonders an.

Denjenigen Links-Islamisten der Kriegsgeneration, die von den Reformisten enttäuscht waren und bei der vorangegangenen Wahl für Ahmadineschad gestimmt hatten, präsentierte er sich als »Reformist

(*eslah-talab*), der zu den Prinzipien (*osul*) der Revolution« zurückkehrt.

In den Verhandlungen mit der *Kargozaran*-Partei, deren finanzielle und personelle Ressourcen er benötigte, distanzierte er sich von links-islamistischen und populistischen ökonomischen Forderungen und reihte sich damit in den neuen wirtschaftlichen Mainstream ein.

Und gegenüber der halblegalen Freiheitsbewegung,<sup>50</sup> die am ehesten die Interessen der säkularen Mittelschicht vertrat, betonte er, dass er die national-religiöse Strömung (*melli-mazhabi*) trotz Meinungs-differenzen akzeptiere und diese keineswegs als Vertreterin betrachte. Damit hatte er sich implizit, aber eindeutig von den Hezbollahis distanziert, für die jede Form des Liberalismus gleichbedeutend mit Verrat ist.

Schließlich muss Musavi auch noch über Sympathisanten und langjährige Kontakte im Sicherheitsapparat verfügt haben, da er während seiner Regierungszeit in den 1980er Jahren die Gründung des Geheimdienstministeriums betrieben und dessen ersten Minister Mohammad Mohammadi-Reyschahri seinerzeit im Parlament unterstützt hatte. Vor diesem Hintergrund wird das Selbstvertrauen verständlich, mit dem Musavi sich in der Wahlnacht zum Sieger erklärt hatte: Offenkundig stützte er sich auf Zahlen, die ihm von seinen Sympathisanten im Innen- und Geheimdienstministerium geliefert worden waren.<sup>51</sup>

## Der Sommer der Unruhe und die Grüne Bewegung (2009)

Nach der Veröffentlichung der iranischen Wahlergebnisse kam es zu den größten Demonstrationen seit der Revolution. Seither ist viel über die dramatischen Ereignisse des Sommers 2009 publiziert worden; eine allgemein anerkannte wissenschaftliche Analyse der Ereignisse steht noch aus.<sup>52</sup>

<sup>50</sup> Die national-religiöse (*melli mazhabi*) Freiheitsbewegung wurde zwar nicht offiziell verboten; sie konnte ihre Tätigkeit aber nur unter strengen Auflagen fortsetzen, siehe Buchta, *Who Rules Iran?* [wie Fn. 10], S. 80–82.

<sup>51</sup> Siehe auch das Interview mit dem General der Polizei Ahmadi-Moqaddam, »Informationen des Kommandanten über die Ereignisse nach den Wahlen«, in: *Teribon-e Mostazafin*, 14.6.2010.

<sup>52</sup> Für den Ablauf der dramatischen Ereignisse des Sommers 2009, insbesondere zur Zusammensetzung der Grünen Bewegung, siehe Walter Posch, *A Last Chance for Iran's Reformists? The »Green Struggle« Reconsidered*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2010 (Working Paper FG 6, 2/2010), <www.

<sup>48</sup> »Kutschaksadä: Ich habe meine Zweifel bei Chatami«, *Aftab News*, 11.3.2008.

<sup>49</sup> Hierzu siehe Alan Richards/John Waterbury, *A Political Economy of the Middle East*, Boulder 2008, S. 360.

Zunächst bewirkten die spontanen Demonstrationen, dass die Reformkräfte überhaupt im politischen Spiel blieben. Dadurch änderte sich jedoch zugleich das Verhältnis zwischen den Reformparteien und den Wählern, von denen ein wichtiger Teil dem säkularen Spektrum der Gesellschaft zuzurechnen ist. Ging es den Reformparteien bis zur Wahl 2009 in erster Linie darum, Wähler zu motivieren und die Bevölkerung aus ihrer politischen Lethargie zu reißen, so kehrte sich dieses Verhältnis am Wahlabend um: Nun trieben die Massen die Parteien und deren Führer Mehdi Karrubi, Mir-Hossein Musavi und Mohammad Chatami gewissermaßen vor sich her und zwangen sie förmlich zur Konfrontation mit dem Regime. Diese dynamische Entwicklung zwischen spontanen und auch später nur lose organisierten Massen in den großen Städten Irans, den Kadern der Reformparteien sowie den quasi über Nacht politisierten Vereinen der Auslandsiraner wurde bald als »Grüne Bewegung«, »Grüner Pfad der Hoffnung« oder »Grüner Kampf« (*dschonbosch-e sabz*) bezeichnet.

### Basis der Grünen Bewegung

Die Grüne Bewegung wurde auch von den Frauen- und Menschenrechtsverbänden unterstützt, die deutlich besser organisiert sind als die Bewegung selbst, zielgerichteter als diese vorgehen und diese Bewegung überdauern werden.<sup>53</sup> Die soziale Basis der Grünen Bewegung blieb auf die gebildete, bürgerliche Mittelschicht beschränkt, weil, wie Musavi im März 2010 selbstkritisch einräumte, eine Ausweitung auf die Arbeiterschichten nicht gelang und wahrscheinlich nicht gelingen konnte: Wie noch näher erläutert wird, hintertrieb das Regime ein denkbare politisches Zusammengehen der Grünen Bewegung mit den Rumpfverbänden der iranischen Arbeiterschaft. Dass dem Regime dies gelang, überrascht angesichts der sozialen Frustration im Lande. Lehrer und Busfahrer hatten gegen Ende der Chatami-Regierung große Streiks organisiert.<sup>54</sup> Eine Verbindung der Arbeiterschaft mit der Grünen Bewegung hätte diese zu einem klassenübergreifenden Phänomen erstarken lassen, sobald sich die

swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/PoschGreenStruggle.ks.pdf>.

<sup>53</sup> Ebd., S. 24–26 und S. 35–37.

<sup>54</sup> Über die iranische Arbeiterschaft wurde sehr wenig publiziert, eine löbliche Ausnahme ist Mohammad Maljoo, »Worker Protest in the Age of Ahmadinejad«, in: *Middle East Report*, 36 (Winter 2006) 241, S. 30–33.

Kader der illegalen Arbeitergewerkschaften mit den Kadern der Reformparteien koordiniert hätten. Das Regime erkannte diese Möglichkeit bzw. »Gefahr« und bannte sie wirksam, indem es einem Teil der inhaftierten Arbeiterführer politische Amnestie gegen politisches Wohlverhalten gewährte – und zwar bereits im Sommer 2009 und damit sechs Monate vor der ersten ernstzunehmenden Erwähnung der Arbeiterschaft durch Musavi und mehr als acht Monate vor dem Besuch Rafsandschanis im »Haus der Arbeiter« (*chane-ye kargar*), der einzigen nach iranischem Recht legalen Interessenvertretung der iranischen Arbeiter.

Die Grüne Bewegung ist eine lose Bürgerrechtsbewegung, deren politische Forderungen von den Vertretern der islamistischen Reformparteien formuliert werden. Allen persönlichen Überschneidungen zum Trotz handelt es sich bei den Strömungen, die diese Bewegung bilden, um unterschiedliche Gruppen, die eher neben- als miteinander agierten. Von besonderer Bedeutung war Musavis Bekenntnis zur iranischen Studentenbewegung. Damit berief er sich explizit auf die Studentenunruhen des Jahres 1999 und brüskierte dadurch zugleich bewusst die Hezbollahi-Gruppen sowie die Revolutionsgarden, die seinerzeit diese Studentenunruhen niedergeschlagen hatten. Auf diesem Wege konsolidierte er die bürgerrechtlich orientierte Basis.

### Ideologische Verortung der Grünen Bewegung

Die Führer der Grünen Bewegung, vor allem Mir-Hossein Musavi, konnten die Proteste zwar nicht organisatorisch steuern, waren aber sehr wohl in der Lage, deren ideologisch-politischen Rahmen abzustecken. Den politischen Überzeugungen der Protagonisten entsprechend,<sup>55</sup> blieben Inhalt und Stoßrichtungen der Forderungen daher weitgehend im ideologischen Rahmen der Islamischen Republik. Mehr noch, das Erbe Chomeinis wurde bewusst zur Legitimierung der eigenen demokratiefreundlichen Position in Anspruch genommen – ein Paradoxon, das die Reformparteien bis heute nicht auflösen konnten.

Musavi und Karrubi beeindruckten Freund und Feind durch ihre Standhaftigkeit und dadurch, dass sie als Insider des Regimes (und ehemalige politische Konkurrenten) in der Lage waren, effizient zusammenzuarbeiten. Dazu gehörte auch die Veröffentlichung

<sup>55</sup> Siehe »Nach den Wahlen. Text einer Rede Musavis vor Universitätsprofessoren«, in: *Ayandeh*, 5.7.2009.

verschiedener Erklärungen wie der »Grünen Charta« (Erklärung Nr. 18) von 2010,<sup>56</sup> in der Grundprinzipien der Grünen Bewegung wie Gewaltlosigkeit und die Forderung nach Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte formuliert wurden. Wichtig an dieser Erklärung ist vor allem der weltanschauliche Aspekt, wonach sich die Grüne Bewegung als postcharismatisch, antidogmatisch und rechtsstaatlich versteht. Weniger bedeutend sind die taktischen und organisatorischen Empfehlungen der »Charta«, wie Empfehlungen zur Netzwerkbildung oder zum Einsatz des Internets, da entweder die faktische Entwicklung der Erklärung bereits voraus war oder aber die Behörden schon die aus ihrer Sicht nötigen Gegenmaßnahmen eingeleitet hatten. Besonders empfindlich trafen die Grüne Bewegung die Repressalien, die gegen den Mittelbau der Aktivisten und jüngere Politiker eingesetzt wurden. Damit wurde eine ganze politisch aktive Generation eingeschüchtert, die als einzige in der Lage gewesen wäre, dem vom Regime verordneten Islamismus ein menschliches Antlitz zu geben. Ihre wichtigsten Aktivisten wurden verhaftet und ins Ausland abgeschoben, wo sie sich nur mit Mühe reorganisieren können und kaum in der Lage sind, sich gegen die ältere Generation der iranischen Exil-Oppositionellen durchzusetzen.

Die beiden erfahrenen Machtpolitiker Musavi und Karrubi verschärften den Ton ihrer Erklärungen korrespondierend mit der Verschlechterung der Menschenrechtsslage und der Verschärfung der politischen Repression im Land. Als sie dem Revolutionsführer anlässlich seiner am Revolutionstag im Februar 2011 gehaltenen Rede über die Volksaufstände in Ägypten und Tunesien öffentlich widersprachen, wurden sie unter Hausarrest gestellt. Die Konfrontation ging damit in eine neue Phase.

### Die Wut der Hezbollahis und das Scheitern der Gewalt (2009/2010)

Die Hezbollahis spielten bei der Niederschlagung der Proteste eine wichtige Rolle, da sie zu den überzeugtesten Aktivisten zählen, die das Regime aufbieten konnte. Ihrem Ziel, die Reformbewegung endgültig aus dem politischen Spiel zu werfen, kamen sie zwar

sehr nahe; sie mussten jedoch im Laufe des Jahres 2010 erkennen, dass das Regime auch ihnen selbst gewisse Grenzen setzte – und zwar hinsichtlich ihrer politischen und ideologischen Funktion und in ihrer Rolle als Schlägertruppe des Regimes, die an die verschiedenen Sicherheitsdienste angegliedert ist. Vor allem aber trieben die Hezbollahis mit ihrer anarchischen Gewalt und ihrem expliziten Bemühen, ihre politischen Feinde zu Ungläubigen zu erklären, einen Keil zwischen sich und die moderaten Prinzipalisten, insbesondere die Konservativen und die Revolutionsgardisten.

Bei der Niederschlagung der Proteste setzten die Behörden auf geschulte Polizeikräfte, Teile der Basidsch sowie Freiwillige aus dem Milieu der Hezbollahis wie *Ansar-e Hezbollah*. Bei dieser letzten Gruppe handelt es sich um ungeschulte und daher für den polizeilichen Ordnungsdienst untaugliche Kräfte. Während die Basidschis von der ihnen gestellten Aufgabe teilweise überfordert waren und entweder brutal zuschlugen oder aber flohen, zeichneten sich die zivilen Aktivisten, die nach einer Quelle sogar durch Kriminelle ergänzt worden sein sollen,<sup>57</sup> durch große Brutalität und wenig gehemmten Waffengebrauch aus. Die Erschießung von Neda Agha-Soltan, einer jungen Studentin, löste in der iranischen Gesellschaft und weltweit große Empörung aus und war deshalb als Mittel zur Einschüchterung der Massen vollkommen untauglich. Im Gegenteil, Wut und Entschlossenheit der protestierenden Iraner wurden dadurch noch gesteigert, ganz zu schweigen vom Reputationsverlust des Regimes in den Augen der iranischen wie der internationalen Öffentlichkeit. Dem Regime müssen die schlimmsten Extremisten bekannt gewesen sein. Ein Jahr nach den Ereignissen kritisierte Polizeichef General Ahmadi-Moqaddam das eigenmächtige Vorgehen von Gruppen auf Motorrädern, die nur lose an die Basidsch angebunden waren und vor allem in der Nähe der Universität ihr Unwesen trieben – damit meinte er wahrscheinlich *Ansar-e Hezbollah*. Ahmad Tavakkoli war der einzige prinzipalistische Politiker, der diese Gruppen schon zur Zeit der Ereignisse kritisierte und unter Anspielung auf einen Kommentar Ahmadineschads meinte, nicht die Demonstranten, sondern jene, »die in den Gassen bei der Universität

<sup>56</sup> Adnan Tabatabai, *Die »Grüne Charta«. Irans Oppositionsbewegung manifestiert sich*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli 2010 (Perspektive), <<http://library.fes.de/pdf-files/iez/07348.pdf>>.

<sup>57</sup> »Prediger, die vor dem Gebet den Befehl zum Töten geben«, in: *Ayandeh*, 29.11.2009.

die Studenten attackieren, sind Lumpen und Gesindel, Schmutz und Kehricht«.<sup>58</sup>

Schrecklich waren auch die Vorkommnisse im Gefängnis von Kahrizak, das für schwere Misshandlungen jugendlicher Protestierer berüchtigt war. Kahrizak wurde zugleich zum Ausdruck systemimmanenter Anarchie: Die Anlage hätte laut Purmohammadi schon längst geschlossen sein sollen. Die Grausamkeiten und Vergewaltigungen riefen einen Sturm der Entrüstung hervor und führten schließlich zu Todesurteilen für die niederen Chargen sowie zur Verhaftung des Hauptverantwortlichen, Generalstaatsanwalt Said Mortazavi.

Einer der Anklagepunkte gegen die in Kahrizak inhaftierten Demonstranten war der des *moharebeh*. Darunter wird zweierlei verstanden: erstens eine Sünde gegen den Willen Gottes und zweitens der Straftatbestand, dass sich jemand mit Waffengewalt gegen die Staatsordnung erhebt. In der politischen und rechtlichen Realität des Irans werden die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen fast ausschließlich gegen bewaffnete Separatisten angewendet.<sup>59</sup> Die Hezbollahis erweiterten den *moharebeh*-Begriff auf all jene, denen sie Abweichung von der islamistisch-revolutionären Linie vorwarfen. Zu den ersten Opfern des Diskurses, nach dem politisch Andersdenkende *mohareb* seien, wurden die Aktivisten der politischen Parteien der Reformisten, die in den ersten Monaten nach der Wahl ausgeschaltet wurden (vor allem die Modschahedin der Islamischen Revolution und die Anhänger der Islamischen Partizipationspartei). Nach den Vorstellungen der Hezbollahis sollte dies offensichtlich ein Fanal für eine riesige Säuberungswelle werden, die »spontan« von ihren landesweit aktiven Gruppen in Kooperation mit staatlichen Stellen hätte durchgeführt werden sollen. Allerdings hatten die Hezbollahis dafür nie ein Mandat; die ihnen zugewiesene Aufgabe war offensichtlich auf die Ausschaltung der Kader der Reformparteien beschränkt. Als im Dezember 2009 und Anfang 2010 bei Protesten auch Bilder Chomeinis und Chameneis zerstört wurden, hofften die Hezbollahis auf eine allgemeine *mohareb*-Erklärung gegen alle ihre Gegner, ob nun vom Revolutionsführer, von den wichtigsten Großayatollahs oder aber von Justizminister Ayatollah Sadeq Laridschani Amoli; doch verweigerten diese alle-

samt eine solche Erklärung. Parlamentspräsident Ali Ardaschir Laridschani nahm Musavi und Karrubi sogar öffentlich in Schutz. In ihrer Wut und Enttäuschung randalierten Hezbollahi-Gruppen vor den Büros einiger Großayatollahs in Ghom, ohne freilich ihrem Ziel näherzukommen.

Hauptzielscheibe der Hezbollahis waren Ali Akbar Rafsandschani und Hassan Chomeini. Rafsandschani, der in seiner Zeit als Staatspräsident (1989–1997) viele Hezbollahis aus ihren Positionen gedrängt hatte, warfen die Hezbollahis Abweichung von der Revolution vor; vor allem aber nahmen sie Anstoß an seinem Reichtum. Seine Demütigung im Sommer 2009 – gegen ihn und seine Familie wurde eine nie dagewesene Medienkampagne geführt, einer seiner Söhne festgenommen und eine seiner Töchter tätlich angegriffen – bedeutete zwar noch nicht sein politisches Aus, schwächte ihn und seine Anhänger jedoch. Hassan Chomeini, der joviale Enkel Ayatollah Chomeinis, fiel in den letzten Jahren mit liberalen Positionen auf, wodurch er zum Feindbild für die Hezbollahis wurde. Seine öffentliche Demütigung im Juni 2010 während der jährlichen Gedenkfeier anlässlich des Todes Ayatollah Chomeinis – Zwischenrufer von den Hezbollahis zwangen ihn zum Abbruch seiner Rede – markiert den zweiten Höhe- und zugleich Endpunkt der Agitationen der Hezbollahis.<sup>60</sup>

Denn bald darauf regte sich Kritik aus dem konservativen Spektrum und sogar von Seiten der Revolutionsgarden. Kein Geringerer als der iranische Generalstabschef Firuzabadi, selbst Generalmajor der Basidschis, mahnte öffentlich Respekt vor der Familie des Republikgründers an.<sup>61</sup> Die Gedenkfeier zum Todestag Chomeinis im Jahr 2011 verlief dann ohne Zwischenfälle und fand traditionsgemäß im Beisein Hassan Chomeinis statt.

58 »Tavakkoli: Ahmadineschad soll seinen Ton mäßigen«, in: *Ayandeh*, 17.6.2009.

59 Vgl. §§ 198 und 199 des iranischen Strafgesetzbuches; hierzu Syed Ali Raza Naqvi, »Hudud and Qisas Act of Iran«, in: *Islamic Studies*, 25.1.1986, S. 107–150.

60 »Das Volk will, dass sich der Enkel des Imam zurückhält«, in: *Fars*, 4.6.2010; »Nur diese Gruppe«, in: *Teribon-e Mostazafin*, 5.6.2010.

61 »Wir müssen die Familie des Imam ehren!«, in: *Tabnak*, 1.6.2010.

## Das Scheitern des Populisten Ahmadineschad (2011)

Der politische Aufstieg Mahmud Ahmadineschads ist in mehrfacher Hinsicht interessant: Erstens, weil sich an ihm studieren lässt, wie ein politischer Flügel aufgebaut wird; zweitens, weil Ahmadineschads Politik ideologische Probleme in der Islamischen Republik explizit machte, die vorher wenig Beachtung gefunden hatten; sowie, damit zusammenhängend, drittens, weil Ahmadineschad zentrale Tabus im Verhältnis Staatspräsident–Revolutionsführer brach.

Ahmadineschad ist ein Populist, der von Beginn seiner zweiten Amtszeit (seit 2009) an vor allem bemüht gewesen ist, das politische Überleben seines eigenen Zirkels zu sichern und Esfandiar Rahim-Maschai zu seinem Nachfolger aufzubauen.<sup>62</sup> Ab April 2011 musste Ahmadineschad mit ansehen, wie sich eine Gruppe nach der anderen von ihm abwandte und aus den Reihen der Hezbollahis immer größere Kritik gegen ihn laut wurde. Maschai war ohnehin schon seit einiger Zeit die meistgehasste Person beim Klerus und bei den Hezbollahis. Deren Vorwürfe gegen ihn wurden in dasselbe religiös-ideologische Idiom gekleidet, das ein Jahrzehnt lang gegen die Reformisten ins Feld geführt worden war: *enheraf*, Abweichung vom religiös und politisch rechten Pfad.

Durch das Einschreiten Chameneis kam es zu einem dramatischen Machtverlust Ahmadineschads, wie unten noch gezeigt wird. Dabei ist letztlich irrelevant, ob dieser durch ein geschickteres Verhalten Ahmadineschads oder Maschais hätte verhindert werden können. Denn die Wünsche und Ziele Ahmadineschads und Maschais waren von vornherein zum Scheitern verurteilt: Nach einem größeren Teil der Macht zu greifen, als das »System« – also die vom Revolutionsführer garantierte Machtbalance der politischen Flügel – bereit ist, einem einzelnen Flügel zuzugestehen.

### Unterstützer

Ahmadineschad ist ein Vertreter der sogenannten »1360er«, also der Generation der Kriegsteilnehmer.

<sup>62</sup> »Amirifar: Maschai ist der zukünftige Präsident Irans«, in: *Maschraq*, 22.4.2011.

Deshalb wurde die Niederschlagung der Proteste des Sommers 2009 teils missverstanden als Militärputsch oder als Übernahme der politischen Macht durch die Revolutionsgarden. Gegen das Vorliegen eines Militärputsches sprechen zunächst strukturelle Gründe: So kontrolliert der Apparat des Revolutionsführers durch seine Repräsentanten alle militärischen und sicherheitspolitischen Einrichtungen der Islamischen Republik, nicht umgekehrt. Außerdem unterhält der Iran zwei Streitmächte: die Revolutionsgarden (*sepah-e pasdaran-e enqelab-e eslami*) und die reguläre Armee (*artesch*), hinzu kommen die paramilitärischen *Basidsch-e Mostazafin*. Diese Struktur verhindert die Monopolisierung der Macht in der Hand einer Einheit. Was manche als gezielte Militarisierung der Politik fehlinterpretierten, ist vielmehr eine schlichte demographische Tatsache: nämlich dass die militarisierte Generation der »1360er« nach Alter, Erfahrung und Regimetreue die Voraussetzungen besitzt, um sich in der Politik des gegenwärtigen Irans nachhaltig zu engagieren.<sup>63</sup>

Ahmadineschad stützt sich in erster Linie auf einen Zirkel von Freunden und Verwandten, den er von Beginn seiner Karriere an in den verschiedenen Provinzverwaltungen des Landes aufgebaut hat. Dieser Zirkel wird in der iranischen Presse wahlweise als »Kreis von Urmiya« oder »Kreis von Ardabil« bezeichnet. Auffallend ist der hohe Anteil von Mitgliedern dieses Zirkels in den Nachrichtendiensten, den Provinzverwaltungen und dem Außenministerium; weniger Anhänger hat Ahmadineschad in der Wirtschaft; im Klerus hat er gar keine. Ahmadineschad hatte immer mit dem Problem einer dünnen Personaldecke zu kämpfen. Aus diesem Grund muss er bei Personalentscheidungen Experten jeglicher Provenienz akzeptieren, solange sie

<sup>63</sup> Hierzu siehe Bernard Hourcade, »Iran: Retour à l'islamisme«, in: *Politique Internationale*, (Herbst 2005) 109, S. 185–200; ders., »La ›prise du pouvoir‹ par les Gardiens de la révolution: retour au passé ou perspective d'ouverture?«, in: *L'Iran, plaque sensible des relations internationales*, Sondernummer aus *La Revue Internationale et Stratégique*, 70 (2008) 2, S. 71–78; die Militarisierungsthese vertritt Audun Kolstad Wiig, *Au service de l'État? La formation économique et politique des Pasdaran iraniens et la militarisation de la société* (Mémoire de Master recherche, Sociétés et politiques comparées, spécialité Monde Musulman, IEP), Paris 2007, S. 85–87.

nicht bereits in einem konkurrierenden Netzwerk aktiv sind. Insofern genügen persönliche Treue zu Ahmadineschad und die passende politische Einstellung als Qualifikation für hohe und höchste Ämter. Das erklärt die zahlreichen personalpolitischen Fehlgriffe und häufigen personellen Umbesetzungen, die die beiden Regierungen Ahmadineschads kennzeichnen.<sup>64</sup> So wurde der in der politischen Landschaft des Irans am äußersten rechten Rand verortete Exzentriker und Holocaust-Leugner Mohammad Ali Ramin als Berater aufgenommen.<sup>65</sup> Ramins Holocaust-Konferenz und die Bemerkungen des Präsidenten über die notwendige Vernichtung Israels (ursprünglich ein Chomeini-Zitat) provozierten einen internationalen Aufschrei und waren Anlass zum Abbruch der internationalen Wissenschaftsbeziehungen europäischer zu iranischen Institutionen.<sup>66</sup> Ramin wurde zunächst zum stellvertretenden Kulturminister ernannt, schließlich aber von Ahmadineschad abgesetzt.

Ahmadineschad engagierte sich in mehreren Parteien (*Isargaran*, *Abadagaran* sowie dem Islamischen Ingenieursverband, der wie eine Partei agierte), von denen die *Isargaran* insofern die wichtigste war, als sie einen konservativen Politiker mit Familienbeziehungen zum Revolutionsführer Chamenei als Vorsitzenden hatte: Gholamali Haddad-Adel. Aus seiner Zeit in Urmiya wiederum kannte Ahmadineschad einen der wichtigsten Generäle der Revolutionsgarden, Mohammad Baqer Zulfadr, der ihm die Unterstützung des Kommandos der Revolutionsgarden sicherte. Schließlich ist noch Ahmadineschads Allianz mit dem radi-

<sup>64</sup> Die fachlichen Schwächen seiner Minister waren eine ständige Quelle für Kritik in der iranischen Presse, siehe zum Beispiel »Die Berufserfahrung der Minister der neunten Regierung: weniger als null Punkte, und wie wird's mit der Berufserfahrung der Minister der zehnten Regierung aussehen...?«, in: *Entechab*, 4.8.2009; eine lange Liste der Um- und Nachbesetzungen während der ersten Regierung Ahmadineschad enthält der Artikel »Liste der letzten geplanten Umbesetzungen im zehnten Kabinett«, in: *Hadi Basirat*, 22.7.2009.  
<sup>65</sup> Hierzu siehe »Juden im Iran. Erziehung über die Hintertür«, *Hagalil.com*, 6.5.2010, <[www.hagalil.com/archiv/2010/05/06/juden-im-iran/](http://www.hagalil.com/archiv/2010/05/06/juden-im-iran/)>.

<sup>66</sup> Ramin handelte aber nicht allein; er konnte auf Sympathisanten und Förderer aus dem Milieu der Hezbollahis zählen. Hierzu und zu den Protesten der jüdischen Gemeinde Teherans siehe Walter Posch, »Juden im Iran. Anmerkungen zu einem antizionistischen Brief an Mahmoud Ahmadinejad (II)«, in: *David. Jüdische Kulturzeitschrift*, 22 (April 2010) 84, S. 28–34, und ders., »Ein neuer Antisemitismus im Iran? Anmerkungen zu einem Brief der jüdischen Gemeinde Teherans an Präsident Ahmadineschad«, in: *David. Jüdische Kulturzeitschrift*, 22 (September 2010) 86, S. 36–41.

kalen Ayatollah Mohammad Taqi Mesbah-Yazdi in Ghom zu nennen.<sup>67</sup> Größten Wert legte Ahmadineschad auch auf die Pflege seiner Kontakte zu den Basidsch und den Hezbollahi-Kreisen, denen er schon in seiner Zeit als Bürgermeister in Teheran bei der Postenvergabe entgegengekommen war. Dieses Entgegenkommen setzte sich während seiner Präsidentschaft fort: So wurden etwa die Netzwerke des Ayatollahs Mesbah-Yazdi an den Universitäten bedient, indem Professoren von ihren Lehrstühlen verdrängt wurden, um Platz für Mesbah-Yazdis Anhänger zu schaffen.

Bei jeder seiner Partnerschaften behielt Ahmadineschad das Heft in der Hand und vermied es, sich in Abhängigkeiten zu begeben. Dabei verlor er nie sein Ziel aus den Augen, seinen eigenen politischen Flügel aufzubauen, mit dem er die Macht seines »Kreises von Urmiya« über seine eigene Amtszeit hinaus zementieren wollte.

## Der Griff nach der Macht

Im Iran einen politischen Flügel aufzubauen erfordert unter anderem Kontrolle über Teile der Bürokratie. Mit den finanziellen Ressourcen der beherrschten Institutionen lassen sich Patronage-Netzwerke bedienen. Ahmadineschads aggressive Personalpolitik mit ihren vielen Neu- und Umbesetzungen von Ministerposten verfolgte dieses Ziel systematisch. Dabei hatte er sowohl die eigene Konkurrenz auf der politischen Rechten im Visier als auch das Geheimdienstministerium.

Als Erstes entließ er Minister, die über eine eigene Hausmacht und direkten Zugang zum Revolutionsführer verfügten. Bevor er diese durch politische Leichtgewichte und treue Gefolgsleute ersetzte, übernahm er interimistisch die Leitung des jeweiligen Ministeriums und führte dort entweder selbst oder durch seinen Büroleiter, Esfandiar Rahim-Maschai, personelle Veränderungen durch.<sup>68</sup> Dieses Hand-

<sup>67</sup> Die Behauptung, Mesbah-Yazdi sei der *mardscha-e taqlid* (also der spirituell-theologische Mentor) Ahmadineschads, entbehrt jeder Grundlage. Wie bei allen Hezbollahis war sein *mardscha* Chomeini und nach ihm Chamenei. Außerdem ist Mesbah-Yazdi – noch – kein *mardscha*.

<sup>68</sup> Einige Kommentatoren warfen dem Präsidenten vor, dem Parlament bewusst chancenlose Kandidaten für Ministerämter vorgeschlagen zu haben, um die Ministerien möglichst lange interimistisch leiten zu können. Hierzu siehe »Beginn der Absetzungen durch Ahmadineschad oder Propaganda-Operation?«, in: *Ayandeh*, 26.7.2011.



lungsmuster ließ sich nahezu beliebig anpassen: So beschnitt Ahmadineschad die Kompetenzen des neuen Außenministers umgehend durch die Ernennung von Präsidentenberatern, die wiederum von Maschai maßgeblich beeinflusst wurden. Im Erdölministerium nahm der Präsident während der Interimsperiode wichtige Personalveränderungen vor. Anders war die Situation im Geheimdienstministerium unter Heydar Moslehi: Dessen Büroleiter war bereits ein Vertrauter Maschais.<sup>69</sup> Ahmadineschad arbeitete konsequent daran, dem Präsidentenamt ein in dieser Art nie dagewesenes »Durchgriffsrecht« in die Ministerien zu verschaffen, woraus sich für die Zukunft drei Konsequenzen ergeben hätten:

Erstens hätten sich Ahmadineschad und seine Anhänger auf Regierungsebene endgültig gegen alle anderen politischen Strömungen durchgesetzt, deren Unterstützung sie ursprünglich bedurften.

Zweitens hätte Ahmadineschad durch seine Personalpolitik genügend Netzwerke von Anhängern in der Verwaltung unterbringen können und damit eine wichtige Voraussetzung zum Aufbau seines eigenen politischen Flügels geschaffen.

Und drittens hätte der Machtzuwachs das Amt des Präsidenten gegenüber dem des Revolutionsführers aufgewertet, dem dann nur noch die Möglichkeiten einer direkten Intervention mittels Herrschaftserlass (*hokm-e hokumati*) bzw. einer indirekten Intervention durch Stärkung des Parlaments übrig geblieben wäre.

Ahadineschad konnte sein Vorhaben freilich nicht realisieren, ohne dabei seine ehemaligen Unterstützer, vor allem die konservativen Kräfte unter den Prinzipalisten, vor den Kopf zu stoßen. Dieses Risiko ging Ahmadineschad ein, da die Prinzipalisten mit ihrer Unterstützung für seine Wiederwahl 2009 aus seiner Sicht ohnehin ihren Zweck erfüllt hatten. Außerdem dauerte es sehr lange, bis die Prinzipalisten, deren politische Energien durch die Auseinandersetzung mit der Grünen Bewegung gebunden waren, die volle Tragweite der politischen Manöver Ahmadineschads erkannten.

Zwei Elemente fehlten Ahmadineschad noch, um seine Macht abzusichern: (1) die Kontrolle über das Geheimdienstministerium, ein Ziel, das eine Konfrontation mit dem Revolutionsführer nach sich zog, und (2) ein größerer Anteil an lukrativen Geldquellen außerhalb der Bürokratie, womit Ahmadineschad die Revolutionsgarden gegen sich aufbrachte. Den Revolu-

tionsgarden gegenüber verfolgte Ahmadineschad eine Doppelstrategie: Einerseits unterstützte er das Kommando der Brigade »Chatamolania«, einer Art Technischen Hilfswerks, das nach dem Vorbild des US Army Corps of Engineers gebildet worden war, sich in den vorangegangenen Jahren zum wichtigsten Wirtschaftsunternehmen der Revolutionsgarden entwickelt und mit Parviz Fattah einen politischen Direktor hatte, der ein alter Weggefährte Ahmadineschads war. Andererseits scheute Ahmadineschad keine Konfrontation mit der Garde, um die wirtschaftlichen Interessen seines eigenen Netzwerks zu wahren, die durch Esfandiar Rahim-Maschai und Hamid Baqai vertreten werden. Der Konflikt zwischen Ahmadineschad und dem Kommandeur der Revolutionsgarde, Generalmajor Dschafari, brach schon im Sommer 2009 aus und eskalierte zwei Jahre später, als Ahmadineschad in einer Pressekonferenz die illegalen Schmuggelaktivitäten der Garden in den Freihandelszonen am Persischen Golf thematisierte.<sup>70</sup> Die Revolutionsgarden stießen daraufhin Drohungen gegen den Präsidenten und seine engsten Mitarbeiter, Maschai und Baqai, aus, konnten jedoch letztlich nicht viel ausrichten, denn hinsichtlich der Wirtschaftsaktivitäten der Garden wusste Ahmadineschad die öffentliche Meinung auf seiner Seite. Außerdem ernannte Ahmadineschad im Juli 2011 mit Rostam Qasemi, einem ehemaligen Kommandanten der Brigade »Chatamolania«, einen Erdölminister, der aus den Reihen der Revolutionsgarden stammt und sich deshalb gegen Anfeindungen aus deren Lager besser zur Wehr setzen kann als ein Zivillist.

Ahadineschads latente Konfrontation mit dem Revolutionsführer eskalierte mit dem Versuch des Präsidenten, das Geheimdienstministerium unter seine Kontrolle zu bringen. Den ersten Versuch in diese Richtung unternahm Ahmadineschad im Sommer 2009, als er Mohseni-Eschäi als Minister absetzte, den zweiten im April 2011, als er dessen Nachfolger im Ministeramt Moslehi abzulösen versuchte. Beide Versuche vereitelte Revolutionsführer Chamenei mittels seines mächtigen Instruments der Herrschaftserlasse. Mit beiden Interventionen verfolgte der Revolutionsführer zwei Ziele: die unabhängige Stellung des

69 »Was steht hinter der Geschichte des Kommens und Gehens von Moslehi?«, in: *Schaffaf*, 18.4.2011.

70 »Vollständige Beweisführung der Revolutionsgardisten für Ahmadineschad Maschai betreffend«, in: *Ayandeh*, 17.11.2009; Alireza Nader, »Ahmadinejad vs. the Revolutionary Guards«, *PBS Frontline*, 11.7.2011; dieser beruft sich in seinen Ausführungen auf das folgende Interview mit Generalmajor Dschafari, »Von der Verhaftung abweichlerischer Elemente bis zur Reaktion auf Chatami«, in: *Tabnak*, 5.7.2011.

Geheimdienstministeriums innerhalb der Regierung zu sichern und den Einfluss Esfandiar Rahim-Maschais zurückzudrängen, der als treibende Kraft hinter Ahmadineschad angesehen wurde. Chamenei unternahm seine letzte und wichtigste Intervention aber erst, nachdem Ahmadineschad die Subventionskürzungen erfolgreich durchgesetzt hatte und nachdem die Verhandlungen zwischen den Reformkräften und den Prinzipalisten unter Laridschani schon weit gediehen waren. Ziel der Angriffe des Revolutionsführers war damit letztlich Maschai, vor dem Ahmadineschad in den letzten Jahren aus dem Lager der Prinzipalisten regelmäßig gewarnt worden war. Dabei ging es anscheinend weniger um konkrete Verfehlungen Maschais (auch wenn in konservativen Kreisen schon immer große Vorbehalte gegen ihn und seine Ehefrau bestanden) als vielmehr darum, dass Maschai aufgrund seiner nachrichtendienstlichen Vergangenheit durchaus in der Lage wäre, im Sicherheitsapparat jene personellen Umgestaltungen durchzuführen, die Ahmadineschad und seinen Leuten wünschenswert erschienen.

## Grenzen des Populismus

Im April 2011 hatte Ahmadineschad jeglichen Rückhalt bei den Prinzipalisten endgültig verspielt. Um sein Ziel, einen eigenen Flügel aufzubauen und den Einfluss seines Zirkels über seine Amtszeit hinaus zu sichern, dennoch erreichen zu können, brauchte Ahmadineschad eine breite Basis in der Bevölkerung. Um diese aufzubauen bzw. zu festigen, versuchte Ahmadineschad einen ideologischen Spagat, der das politische Gesamtsystem in der Tat hätte stabilisieren können, wenn er denn erfolgreich gewesen wäre. Ahmadineschad suchte zwei wichtige Bevölkerungsschichten, die sich vom Regime immer weiter entfernt hatten, für sich zu gewinnen: die zunehmend verarmende religiöse Schicht und die säkulare Mittelschicht.

Im Laufe der letzten Jahre nahm die Volksfrömmigkeit einen immer dramatischeren sozialkritischen und sogar antiklerikalen Charakter an, auch apokalyptische Vorstellungen spielen bei ihr eine Rolle.<sup>71</sup> Im

<sup>71</sup> Hierzu siehe Anahita Grisoni, »La survie paradoxale des festivités d'Ashura sous la présidence de Mahmoud Ahmadinejad: Entre contrôle et clientélisme, parmi public et privé«, in: Djamshid Assadi (Hg.), *L'Iran sous la présidence de Mahmoud Ahmadinejad: Bilan et Perspectives*, Paris 2009, S. 113–128; Mahmoud Sadri/Ahmad Sadri, »Three Facets of

Gegensatz zu anderen Politikern zeigte Ahmadineschad keine Hemmungen, die Volksfrömmigkeit auch gezielt in seinem Sinne zu instrumentalisieren. Er und Maschai provozierten immer wieder mit theologischen Aussagen, die von offizieller geistlicher Seite scharf kritisiert wurden. Diese Kritik kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein bedeutender Teil der religiösen Unterschicht dem Regime als solchem die ideologische Gefolgschaft aufgekündigt hat und Ahmadineschad gleichzeitig der erste Politiker ist, der in diesen Kreisen echte Popularität genießt. So behauptete Maschai, dass der Revolutionsführer und die Kleriker bei Wahlen gerade einmal acht Millionen Stimmen erhalten würden.<sup>72</sup> Diese Zahl ist zwar nicht überprüfbar; aus dem Munde eines ehemaligen Geheimdienstlers klingt sie jedoch gerade deshalb besonders interessant, weil man daraus folgern darf, dass sich Teile der Nachrichtendienste keinen Illusionen über die Unpopularität des Regimes hingeben.

Auch auf der säkularen Seite des politischen und sozialen Spektrums versuchten Ahmadineschad und Maschai neue Anhänger zu gewinnen. Dieser Versuch schloss auch die Auslandsiraner mit ein. Um die politische Basis für Ahmadineschad zu verbreitern, wurde bereits die Wahlplattform der *Abadegaran* bewusst vage gehalten. Als politischen Pragmatikern und Populisten fiel es Ahmadineschad und Maschai außerdem leicht, andere prominente Phänomene wie den in der Gesellschaft stark verankerten Nationalismus in ihren politischen Diskurs zu integrieren. Damit zielten sie offensichtlich auf jenen Teil der iranischen Säkularisten ab, der mehr nationalistisch als menschenrechtlich orientiert ist. So wurden auf Anregung Maschais gleich mehrere islamistische Tabus gebrochen, indem mit großem Pomp die von Chomeini diskreditierte altpersische Geschichte rehabilitiert,<sup>73</sup> von einer eigenen Schule des iranischen Islam gesprochen, den Frauen der Zugang zu Sportveranstaltungen erlaubt und sogar von einer möglichen Freundschaft zum israelischen Volk gesprochen wurde – alles Punkte, die heftige Reaktionen aus den Reihen der politischen Eliten

Dissent. Cognitive, Expressive and Traditionalist Discourses of Discontent in Contemporary Iran«, in: Homa Katouzian/Hossein Shahidi (Hg.), *Iran in the 21st Century. Politics, Economics & Conflict*, London 2008, S. 63–85.

<sup>72</sup> »Amirifar: Maschai ist der zukünftige Präsident Irans« [wie Fn. 62].

<sup>73</sup> Seyyed Abbas Salehi, »Von der Ablehnung Kyros zur Akzeptanz«, in: *Fararu*, 18.9.2010; »Ahmadineschad ist der Kyros seiner Zeit«, in: *Alef*, 18.9.2010.

und des Klerus hervorriefen.<sup>74</sup> Die Kulturpolitik Maschais war ähnlich angelegt: Einerseits veranlasste er tatsächliche Erleichterungen für ausgewählte Künstler und Intellektuelle, was ihm weiteren Hass seitens der Hezbollahis eintrug. Andererseits verschlechterte sich das kulturelle Klima im Land trotzdem, und die Ernennung von Frauen für hohe und höchste Ämter hatte wenig mit deren fachlichen Qualifikationen zu tun, sondern setzte das bekannte Schema fort, Personen auszuwählen, die nicht mit einer eigenen politischen Hausmacht gefährlich werden können.<sup>75</sup>

Das Resultat dieser widersprüchlichen Signale und Vorgehensweisen ist, dass Ahmadineschad und Maschai bei den religiösen Kräften verloren haben, ohne dass sie im Gegenzug bei den säkularen Gruppen dazugewonnen hätten. Die kulturellen Widersprüche innerhalb der jüngsten von Ahmadineschad und Maschai identifizierten Zielgruppe sind einfach zu groß, als dass man beide Seiten gleichzeitig ansprechen könnte. Der Versuch Ahmadineschads, mittels Populismus seine Anhängerschaft zu erweitern, ist damit gescheitert.

**74** Rasul Dschafariyan, »Wo liegt denn der Unterschied zwischen dem ›Iranischen Islam‹ und den Ansichten Soruschs?«, in: *Ayandeh*, 4.3.2011.

**75** »Dort war sogar eine Schauspielerin zu sehen!«, in: *Serat*, 11.4.2011; »Die Ernennung einer jungen Dame zur Direktorin des Nationalmuseums Irans und einige Fragen an Baqai«, in: *Tabnak*, 24.2.2010.

## Kompromiss unter konservativer Aufsicht

Nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen des Jahres 2009 geriet die Islamische Republik Iran in eine ernste Legitimitäts- und Autoritätskrise, die die politischen Eliten des Landes einschließlich des Revolutionsführers alarmiert hat. Diese Krise wurde dadurch weiter verstärkt, dass die Prinzipalisten den Ahmadineschad-Flügel quasi »exkommunizierten«. Rein machtpolitisch betrachtet, scheint die Autoritätskrise jedoch inzwischen bewältigt, weil alle Akteure – die Reformkräfte, die Hezbollahis sowie Ahmadineschad und seine Anhänger – durch den Revolutionsführer in ihre Schranken gewiesen worden sind. Zugleich hält die Legitimitätskrise unverändert an und stellt sich als Problem umso dringlicher, als 2012 Parlaments- und 2013 Präsidentschaftswahlen anstehen und dem Regime im Sinne des eigenen Selbstverständnisses an einer hohen Wahlbeteiligung gelegen ist. Damit dürften die kommenden Wahlen in mehrerlei Hinsicht zum Lackmus-Test werden:

Erstens in Bezug auf das Verhältnis des Regimes zur Bevölkerung: Die Verantwortlichen sind sich offensichtlich darüber im Klaren, dass ihre Glaubwürdigkeit und Reputation bei der Bevölkerung vom Ablauf der nächsten Wahlen abhängen; will das Regime verlorengegangene Legitimation zurückgewinnen, müssen die nächsten Wahlen freier und fairer verlaufen als 2009 – »Legitimation durch Verfahren«<sup>76</sup> sozusagen.

Zweitens, nach dem Ausschluss Ahmadineschads und seiner Anhänger müssen noch vor den Wahlen innerhalb des politischen Flügels der Prinzipalisten sowie zwischen Prinzipalisten und Reformkräften Macht und Einfluss neu verteilt und ausgeglichen werden. Das bedarf eines politischen Prozesses, der als Versöhnung und Verständigung definiert wurde. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass sich fast alle politischen Kräfte Irans öffentlich gegen politisch motivierte Gewalt ausgesprochen und die Notwendigkeit betont haben, den Rechtsstaat zu achten. Nicht zuletzt führten namhafte konservative Politiker wie Ali Ardaschir Laridschani Anfang 2010 den Begriff der Demokratie wieder in den politischen Diskurs der Islamischen Republik ein. Zumindest in öffentlichen

Reden werden also Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und ordnungsgemäße Wahlen in Aussicht gestellt.

### Versöhnung und Verständigung?

Die Brutalitäten und die Gewalt der letzten Jahre haben nicht nur die Hezbollahis desavouiert, sondern auch das Regime, das sie weitgehend gewähren ließ. Noch schwerer wiegt rein machtpolitisch betrachtet der gescheiterte Versuch der Hezbollahis, das System zu monopolisieren: Die Reformkräfte haben gelitten und sind geschwächt, haben aber politisch überlebt. Zwar findet sich nirgends im Regime Unterstützung für die Utopien der Hezbollahis; gleichwohl sind die spezifischen iranischen Verhältnisse zu berücksichtigen, um adäquat einordnen zu können, welche Bedeutung die Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Iran hat: In diesem Kontext bedeutet die Unterstützung von Demokratie in erster Linie die Anerkennung des Reformflügels als eines integralen Teils des iranischen Systems – also ein Fortschreiben exakt jenes politischen Status quo, dessen Überwindung die Hezbollahis betrieben. Bei der so verstandenen iranischen »Demokratie« handelt es sich also um nichts anderes als einen Kompromiss der politischen Eliten, der sich strikt innerhalb des Rahmens der von Chomeini etablierten politischen Ordnung hält.

Aus diesem Verständnis ergeben sich die Konturen bzw. Grenzen des vom Revolutionsführer offenbar angestrebten Kompromisses: Er will einen Ausgleich zwischen sämtlichen politischen Flügeln unter Einbeziehung der Reformkräfte herbeiführen. Diese politische Linie begann Chamenei früh zu verfolgen: zeitgleich mit seinem Zerwürfnis mit Ahmadineschad im Sommer 2009. Chamenei versuchte noch im Juli 2009, die Proteste *par ordre du mufti* zu verbieten – bekanntermaßen vergeblich. Mit seinen Reden erschien er den Anhängern der entstehenden Grünen Bewegung als Despot, den Hezbollahis wiederum im Gegenteil als nicht hart genug. Damit nahm der Revolutionsführer eine Position ein, die von jener jüngeren Generation von Konservativen geteilt wird, die vor allem in

<sup>76</sup> Niklas Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*, Frankfurt a. M. 1983, S. 155–173.

den Spitzenpositionen der Verwaltung, Legislative und Judikative präsent sind.

Im August 2009 ernannte Chamenei Ayatollah Sadeq Laridschani Amoli als Nachfolger Großayatollah Schahrudis zum iranischen Justizminister;<sup>77</sup> spätestens von diesem Zeitpunkt an setzte Chamenei zur Überwindung der politischen Krise auf die beiden politisch und institutionell einflussreichen Laridschani-Brüder. Beide Brüder versuchten seitdem, gegen die schlimmsten Exzesse vorzugehen und die Welle der Gewalt durch öffentliche Ermahnung zur Gesetzestreue und Betonung des Rechtsstaats letztlich zum Verebben zu bringen. Wie aus einem Telefonat Purmohammadis mit Musavi hervorgeht,<sup>78</sup> war ein Hauptmotiv dabei die Sorge, die Situation könnte vollends außer Kontrolle geraten und in Anarchie abgleiten. In der Tat fürchteten alle Seiten – mit Ausnahme der Hezbollahis – eine Eskalation der Konfrontation. Später erklärte Revolutionsführer Chamenei das iranische Jahr 1389 (das am 21. März 2010 begann) zum »Jahr der verdoppelten Anstrengung und intensivierten Arbeit«, was im Iran als Aufruf zur Versöhnung und Verständigung interpretiert wurde.<sup>79</sup> In der politischen Realität bedeutete diese Versöhnungspolitik jedoch weniger eine Stärkung des Rechtsstaates als solchen als vielmehr der Rolle der Sicherheitskräfte und der Autorität des Revolutionsführers, da beide notwendig waren, um der Gewalt der Hezbollahis ein Ende zu setzen.

### Umstrittener Kompromiss – unbestrittene Chance

Diese Politik der Versöhnung und Verständigung ist daher weniger altruistisch, als sie auf den ersten Blick erscheint. Betrachtet man sie nämlich von der Warte der politischen Flügel aus, so dient sie vor allem den Interessen der Konservativen, die sich als die wahre politische Mitte sehen und daher einen »natürlichen« Anspruch auf die Führungsverantwortung im Iran für

sich reklamieren. Von der politischen Krise profitiert damit in erster Linie jener konservative politische Flügel, der es nie geschafft hat, durch Wahlen die Präsidentschaft oder die Parlamentsmehrheit zu erringen. Versöhnung, Entradikalisierung und Betonung von Rechtsstaatlichkeit dienen den Konservativen nicht zuletzt auch als willkommenes Mittel, um die Hezbollahis wieder in die Schranken zu weisen, nachdem diese die Reformkräfte erfolgreich geschwächt haben.

Die dramatischen und brutalen Ereignisse des Jahres 2009 sind eine schwere Hypothek für den Versöhnungsprozess. Doch gibt es einige Tatsachen, die die Verhandlungsposition der Reformkräfte stärken müssten: Musavi und Karrubi haben standgehalten; Chatami sorgte dafür, dass der politische Diskurs der Reformkräfte stets innerhalb der ideologischen Grenzen des Regimes blieb; das Ringen unter den Prinzipalisten bzw. den Hezbollahis über die Zukunft der Regierung Ahmadineschad trug teilweise Züge von Selbsterfleischung. Hinzu kommt, dass das Regime nach eigenem Selbstverständnis auch für die kommenden Wahlen eine hohe Wahlbeteiligung benötigt, die jedoch nur mit Hilfe der Reformkräfte zu erlangen ist – die Reformkräfte werden zweifellos versuchen, diesen politischen Trumpf auszuspielen.

Der politische Teil des Versöhnungsprozesses obliegt Parlamentspräsident Laridschani. Seine Bemühungen um eine Verständigung mit den Reformkräften sind vom Revolutionsführer gedeckt und werden offenbar politisch nicht mit den Prinzipalisten koordiniert. Unter den Prinzipalisten wird hingegen heftig die Frage diskutiert, wer von den Reformisten wieder ins politische Leben zurückkehren dürfe;<sup>80</sup> diese Diskussion vermag allerdings nichts an der Tatsache zu ändern, dass darüber in Abhängigkeit vom Verlauf der Verhandlungen entschieden werden wird – und zwar vom Revolutionsführer.

### Rolle der Parteien

Im Januar 2010 ließ Parlamentspräsident Laridschani mit einer Bemerkung aufhorchen: Er äußerte erstmals, politische Parteien könnten in einer reifen Gesellschaft eine positive Rolle spielen.<sup>81</sup> Im Folgejahr wiederholte Laridschani in einem Gespräch mit der *Mardomsalari*-Partei, dass politische Parteien notwendig seien. Diesmal grenzte er aber zugleich den poli-

<sup>77</sup> Vgl. die Analyse von Mehdi Khalaji, *Militarization of the Iranian Judiciary*, Washington, D.C.: WINEP, 13.8.2009 (Policy Watch, 1567). Der Verfasser dieser Analyse sieht in diesem Schritt jedoch keine Militarisierung im engeren Sinn des Wortes.

<sup>78</sup> »Purmohammadi: Ich habe Musavi gesagt: Ich sehe die Zeichen von Gefahr«, in: *Tabnak*, 27.2.2010.

<sup>79</sup> Siehe die Neujahrsbotschaft des Revolutionsführers: »Das Jahr der verdoppelten Anstrengung und intensivierten Arbeit«, in: *Fararu*, 20.3.2010.

<sup>80</sup> »Bighasch und Raufian im Gespräch«, in: *Fararu*, 4.7.2011.

<sup>81</sup> »Politischer Umgang muss kultiviert sein«, *ISNA*, 14.1.2010.

tischen Rahmen ein, innerhalb dessen sie agieren dürften: auf dem Boden des Islam und der Verfassung sowie »im Rahmen der [politischen] Vernunft (*aqlaniyyat*)«; anders ausgedrückt: Die Parteien des Reformflügels sollen sich mit allzu kühnen Forderungen nach Demokratie zurückhalten.<sup>82</sup> Außerdem kritisierte er, während der Präsidentschaft Chatamis seien politische Diskurse geführt worden, die sich gegen den Islam und die nationalen Interessen gerichtet hätten. Dennoch ist festzuhalten: Laridschani rief zwar die ideologischen Grenzen in Erinnerung; zugleich bestätigte er jedoch die Bedeutung politischer Parteien und seine eigene Bereitschaft, deren Aktivitäten zu erleichtern. Laridschani versuchte damit die Koalition der Reformkräfte zu spalten, indem er den Reformparteien faire Chancen bei den Wahlen versprach und dabei stillschweigend hoffte, die Reformkräfte würden intern gespalten bleiben.

Dieses Ziel scheint bislang nur bis zu einem gewissen Grade erreichbar: So verhandelte Laridschani etwa mit dem Vorsitzenden der Islamischen Partizipationspartei, Mohammad-Reza Chatami, dem Bruder des früheren Staatspräsidenten Mohammad Chatami. Die Gespräche zwischen den beiden drehten sich in erster Linie um die Gestalt des zukünftigen Parlaments, in dem »Extremisten jedweder Couleur« keinen Platz mehr haben sollten, während es gemäßigten Reformisten offen stehen würde. Mohammad-Reza Chatami forderte auch signifikante Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte und die Freilassung der beiden Führer der Grünen Bewegung, Musavi und Karrubi. Als Gegenleistung brachte er nicht weniger ins Spiel als die mögliche Auflösung seiner eigenen Partei, der Islamischen Partizipationspartei,<sup>83</sup> immerhin eine der wichtigsten Reformparteien.

Einen Monat zuvor (Mitte Mai 2011) hatte sein Bruder Mohammad Chatami bereits mit einem anderen Vorschlag aufhorchen lassen: In einer offiziellen Erklärung forderte er alle Seiten auf, sich gegenseitig zu verzeihen.<sup>84</sup> Der frühere iranische Staatspräsident

ging damit relativ weit, weil er implizit den Revolutionsführer kritisierte, indem er an das Unrecht und die Opfer der Gewalt erinnerte; im selben Atemzug verlieh er jedoch seiner eigenen Bereitschaft Ausdruck, die Ereignisse des Jahres 2009 endgültig zu überwinden. Diese Erklärung Mohammad Chatamis kann insofern als »Scheidungsurkunde« angesehen werden: zwischen den Reformparteien einerseits und der Grünen Bewegung mit ihren diffusen Träumen, ihrer gerechten Empörung und ihren losen Netzwerken andererseits. Geht es nach dem iranischen Ex-Präsidenten Chatami, dann bleiben die Reformparteien weiterhin im Spiel des inner-iranischen Machtausgleichs, bekennen sich aber nicht explizit zur Grünen Bewegung als politischer Idee. Die Grüne Bewegung hingegen wird sich vermutlich in irgendeiner Form im Ausland weiterentwickeln, aber eben ausschließlich dort. Im Iran ist das Kalkül des Revolutionsführers Chamenei und seiner konservativen Akylythen aufgegangen: Es scheint zu gelingen, dass die Reformkräfte geschwächt ins System reintegriert werden.

## Transparenz

Der umstrittene Kompromiss, der zwischen Teilen der Reformkräfte und Parlamentspräsident Laridschani verhandelt wurde, könnte durchaus eine Chance darstellen: allerdings nicht für einen Durchbruch der Demokratie auf ganzer Linie, immerhin aber für die Stärkung demokratischer Strukturen in der Islamischen Republik Iran. Es geht dabei vor allem um zwei demokratische Komponenten: die Parteien und die Wahlen. Die Stärkung politischer Parteien würde zu mehr politischer Transparenz führen und eine Diversifizierung der politischen Landschaft der Islamischen Republik erlauben. Ob die nächsten Wahlen tatsächlich frei und fair verlaufen werden, hängt in erster Linie vom Willen der politischen Eliten ab; dieser könnte angesichts der erwähnten Legitimitätskrise durchaus vorhanden sein. Es sollte dem Regime ein Leichtes sein, transparenter zu agieren, weil die politische Elite offenbar annimmt, dass der Ausgang der Wahlen auf der Ebene der politischen Flügel aufgrund der Absprachen mit den Reformparteien ohnehin schon in groben Zügen feststeht. Ein fairer Wahlverlauf kann dann zwar immer noch zu einem überraschenden Ergebnis führen; dieses Risiko ist jedoch eher kalkulierbar als die nach einer plumpen Wahlfälschung zu erwartenden Probleme. Jedenfalls will

<sup>82</sup> So der Wortlaut in: »Laridschani bestätigt im Treffen mit den Mitgliedern der Mardomsalari-Partei: Notwendigkeit der Aktivitäten der Parteien besteht im Rahmen der Vernunft«, ISNA, 11.4.2011.

<sup>83</sup> »Mohammad-Reza Chatami: Wir sind bereit, die Moscharekatpartei aufzulösen«, in: *Achbar-e Ruz*, 23.6.2011.

<sup>84</sup> Wörtlich sagte Mohammad Chatami: »Wenn dem System und dem Führer Unrecht getan wurde, dann lasst uns darüber um der Zukunft willen hinwegsehen. Auch die Nation wird vergeben, was ihr und ihren Kindern widerfahren ist. Und dann wenden wir uns alle einer besseren Zukunft zu.« ([www.khatami.ir](http://www.khatami.ir), 13.5.2011; Übersetzung W. P.)

niemand mit Wahlfälschungen in Verbindung gebracht werden. Wie ernst dieses Thema von offizieller Seite inzwischen genommen wird, zeigt eine Pressekonferenz des Wahlleiters im Innenministerium, Seyyed Soulat Mortazavi, der sich beeilte, die Behauptung der Prinzipalisten zurückzuweisen, die Regierung treffe Vorbereitungen zur Manipulation der Parlamentswahlen.<sup>85</sup>

Eine Schlüsselfigur ist Ahmadineschad: Der belagerte Präsident weiß, dass die kommenden Wahlen mit einiger Wahrscheinlichkeit eines der letzten wichtigen politischen Ereignisse sein werden, an denen er und seine Unterstützer teilnehmen. Es erscheint deshalb als gut möglich, dass Ahmadineschad seinen verbliebenen Einfluss dafür einsetzen könnte, einen korrekten Wahlverlauf sicherzustellen.

### Veränderung der politischen Kultur

Selbst Fortschritte bei den technisch-organisatorischen Aspekten (Stärkung der Parteienlandschaft gegenüber den intransparenten politischen Flügeln, korrekter Ablauf bei den Wahlen) werden alleine nicht den entscheidenden demokratischen Durchbruch bringen – weder in den Grenzen der herrschenden Ideologie noch jenseits davon. Denn dazu bedürfte es einer tiefgreifenderen Veränderung der politischen Kultur: der Überwindung des ideologisierten Hezbollahi-Denkens, das jede andere Meinung als Verbrechen wider Gott und den Staat betrachtet. Bescheidene Anzeichen für eine solche Überwindung hat es ja bereits gegeben: So ist es zumindest bemerkenswert, dass sich Hossein Allah-Karam, ein Anführer der *Ansar-e Hezbollah*, mit Sadeq Zibakalam traf, einem führenden reformistischen Intellektuellen. Für Allah-Karam stehen die Reformisten nicht außerhalb des Lagers der Prinzipalisten.<sup>86</sup> Wenngleich mit vielen Einschränkungen und einer schwer nachvollziehbaren Logik, sprach dieser prominente Hezbollahi demnach den Reformisten das Recht zur politischen Existenz immerhin nicht mehr ab.<sup>87</sup>

Es ist sicher zu früh, von einem Paradigmenwechsel bei den Hezbollahis zu sprechen. Dennoch ist das erwähnte Treffen ein außergewöhnlicher Schritt, den man von vielen radikalen Hezbollahis eher hätte erwarten können als vom Brigadegeneral Allah-Karam, immerhin einem ehemaligen Verteidigungsattaché der Islamischen Republik in Kroatien sowie Begründer und Inspirator einer Kampagne für Selbstmordattentäter. Allerdings ist bei der Vision, dass sich die gemäßigten Reformkräfte in die Prinzipalisten integrieren, wohl eher der Wunsch Vater des Gedankens. In der politischen Praxis droht dieses Unterfangen ohnehin an der Uneinigkeit oder gar am Zusammenbruch des Lagers der Prinzipalisten zu scheitern.

wird. Vielleicht wollte Allah-Karam auch nur ein Zeichen der politischen Mäßigung setzen und andeuten, dass bei den nächsten Wahlen von seinen Leuten keine Gefahr mehr droht.

<sup>85</sup> »Zurückweisung (der Behauptung) von Regierungsinterventionen bei den Wahlen«, in: *Mardomsalari*, 27.6.2011.

<sup>86</sup> »Allah-Karam, Reformismus steht nicht außerhalb des Prinzipalismus«, in: *Achbar-e Ansar*, 15.6.2011.

<sup>87</sup> Damit würden sich die »Prinzipalisten« in eine einzige riesige Massenbewegung mit vielen Flügeln entwickeln, darunter auch einem reformistischen. Das Resultat wäre eine Islamistische Einheitspartei und ein System, das durch den Revolutionsführer direkt mittels Herrschaftserlass regiert

## Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die 2012 bzw. 2013 im Iran anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind zweifelsohne ein wichtiger Test für die Fähigkeit des Regimes, die demokratischen Elemente seines politischen Systems zu stärken und (zumindest in größerem Maße als 2009) faire, freie und transparente Wahlen durchzuführen. Es besteht durchaus die Chance, dass die kommenden Wahlen besser, jedenfalls weniger gewaltsam ablaufen und die politischen Parteien eine wichtigere Rolle als in der Vergangenheit spielen werden. Dem tut auch keinen entscheidenden Abbruch, wenn dies dadurch gefördert oder gar erst ermöglicht wird, dass der Wahlausgang in groben Zügen vorgezeichnet scheint und die Grenzen des politisch Statthaftern zwischen Parlamentspräsident Laridschani und den Reformkräften bereits verhandelt sind. Einen wirklich großen Schritt in Richtung Demokratie würde die Islamische Republik damit allerdings auch nicht vollziehen, denn dazu müsste die Rolle des Revolutionsführers selbst zur Disposition stehen; gleichwohl wäre es ein erster Schritt in Richtung Demokratie, zu dem die politischen Eliten der Islamischen Republik nach eigener Aussage willens und in der Lage sind. An der Realisierung dieses ersten Schrittes sollte die internationale Gemeinschaft die Wahlen daher messen. Die sich als Möglichkeit abzeichnende Stärkung der demokratischen Komponenten auf verfahrenstechnischer und organisatorischer Ebene würde das wichtige Signal einer Abkehr von der Entdemokratisierung<sup>88</sup> der letzten Jahre aussenden. Das wäre noch nicht der Beginn einer wirklichen inner-iranischen Demokratisierung, aber eine wichtige Voraussetzung dafür.

Prinzipiell haben Deutschland und die EU lediglich bescheidene Möglichkeiten, auf politische Veränderungen im Iran rasch und adäquat zu reagieren und die Ereignisse vor Ort zu beeinflussen. Die Begrenzung dieser Möglichkeiten resultiert vor allem aus iranischen Abwehrmaßnahmen wie dem weitgehend erfolgreichen iranischen Projekt des Kampfes gegen den »Sanften Krieg«, einer Gegenstrategie zur

Abwehr westlicher Demokratisierungsversuche (wie zum Beispiel der Ausrichtung von Demokratie-Workshops für iranische Aktivisten durch westliche Nichtregierungsorganisationen). Hinzu kommen die Kontrolle bzw. Unterbindung des Einsatzes moderner Kommunikationstechnik und des Konsums westlich produzierter Medien,<sup>89</sup> mit der die Iraner mittlerweile westliche Methoden und Maßnahmen zu antizipieren und zu konterkarieren verstehen.

Für Deutschland und seine EU-Partner bestehen dennoch gewisse Möglichkeiten der Einflussnahme auf den Iran: Sollte es im Zusammenhang mit den dortigen Wahlen zu Menschenrechtsverletzungen kommen, kann rasch auf eingetübte Standardprozeduren zurückgegriffen werden (beispielsweise Deklarationen, Demarchen sowie regierungs- und EU-unabhängige Aktivitäten der Zivilgesellschaft), die im Extremfall bis hin zu Reiseverboten für bestimmte Personen, etwa Funktionsträger des Regimes, gehen können.

Jenseits solcher »Routinemaßnahmen« fehlt es allerdings an einer schlüssigen Iran-Strategie des Westens. Da der Bedeutung des iranischen Nuklearprogramms Rechnung getragen werden musste, existiert heute eine Iran-zentrierte Nuklearpolitik, der alle anderen politischen Handlungsmöglichkeiten untergeordnet sind. Als weitere Folge wurden sämtliche Formate von Dialogen zwischen der EU und der Islamischen Republik Iran eingestellt. Dadurch wird die Möglichkeit verbaut, für den Iran eine Art »Dritten Helsinki-Korb« zu formulieren, also die Islamische Republik durch Unterzeichnung einer verbindlichen Charta zu verpflichten, ihren Staatsbürgern Meinungs- und Religionsfreiheit sowie politische Grundrechte zu gewähren. Im Gegenzug zu einer solchen Selbstverpflichtung Irans könnte der Westen der Islamischen Republik in der existentiellen Sanktionsfrage entgegenkommen. Das würde einen Paradigmenwechsel in der Iran-Politik der EU bedeuten, der sich ohnehin seit dem Juni 2009 abzeichnet. Die damali-

<sup>88</sup> Für die Bedeutung der Entdemokratisierung siehe Charles Tilly, *Identities, Boundaries and Social Ties*, Boulder 2005, S. 199–214.

<sup>89</sup> Nima Adelhkhah, »Iran Integrates the Concept of the ›Soft War‹ into Its Strategic Planning«, in: *Terrorism Monitor* (The Jamestown Foundation), 8 (12.6.2010) 23, S. 7–9, <[www.jamestown.org/uploads/media/TM\\_008\\_46.pdf](http://www.jamestown.org/uploads/media/TM_008_46.pdf)>.



gen Ereignisse rückten nämlich die Menschenrechtsfragen wieder ins Zentrum europäischer Iranpolitik.

Darüber hinaus sollte die offene oder verdeckte Förderung von Demokratie nicht den eigenen (geo-)strategischen Interessen und Zielen untergeordnet werden, weil sie sonst unglaubwürdig und damit letztlich kontraproduktiv wird.<sup>90</sup> Demokratisierung zum Zwecke westlicher Machtdemonstration ist gerade im Iran problematisch, wo der Nationalismus bis heute stark ist und das anti-imperialistische Weltbild der 1960er und 1970er Jahre als Folge der geistigen Isolation des Landes konserviert wurde. Im Übrigen funktioniert Demokratieförderung bekanntermaßen am besten, wenn sie vom Zielstaat aktiv erbeten wird, was unter den gegebenen Umständen im Falle des Irans kaum zu erwarten ist.

Die Europäer sind daher gut beraten, wenn sie ihr Augenmerk auf den Ablauf der Wahlen richten und weniger auf deren Resultat. Nicht der Wahlausgang selbst sollte im Mittelpunkt der politischen Kommentare und Bewertungen stehen, sondern die technischen und organisatorischen Demokratie-Aspekte der Wahl; nicht wer gewählt wird oder welcher »Natur« das Regime ist, das wählen lässt, sondern inwieweit das iranische Wahlsystem sich in Richtung der international anerkannten OSZE-Standards entwickelt. Schließlich hat die iranische Führung ihren Willen zu einem »fairen« Ablauf der Wahlen bekundet. Daran wird sie sich messen lassen müssen – insbesondere weil die Glaubwürdigkeit und Reputation der Islamischen Republik Iran beim eigenen Volk wie bei der internationalen Gemeinschaft davon abhängt.

Direkte Vergleiche mit der arabischen Welt, insbesondere die Hoffnung auf ein »Überschwappen« der dortigen prodemokratischen Welle auf den Iran, kranken daran, dass sie die inneren Entwicklungen des Irans ignorieren. Das betrifft vor allem die Existenz starker anti-demokratischer Tendenzen in der Gesellschaft und der politischen Klasse. Nur wenn es gelingt, diese Strömungen vom Wert und Nutzen einer Demokratisierung – *à la persane*, das heißt insbesondere islamisch – zu überzeugen, werden sie sich für eine islamische Demokratie öffnen. Die säkulare und demokratisch gesinnte Mittelschicht konnte über Bildung, Kultur und Wirtschaftskontakte nach Europa lange Zeit eine kulturelle Hegemonie aufrechterhalten. Durch die Sanktionspolitik, informellen Druck und systematische Benachteiligung im Iran wird sie einst-

weilen weiter geschwächt werden. Insofern muss die neue islamische Mittelschicht zum wichtigsten prodemokratischen Element der Gesellschaft werden – die Zukunft der Demokratie im Iran wird sich in den Bahnen des politischen Islam bewegen.

## Abkürzungen

IFRI	Institut Français des Relations Internationales (Paris)
ILNA	Iranian Labour News Agency
IMF	International Monetary Fund
ISNA	Iranian Students News Agency
ISS	European Union Institute for Security Studies (Paris)
NGO	Non-Governmental Organization
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
WINEP	Washington Institute for Near East Policy

<sup>90</sup> John Keane, *The Life and Death of Democracy*, London/New York/Sydney/Toronto 2009, S. 807–808.